

MAI 2024

Schweizer Revue

Die Zeitschrift für
Auslandschweizer:innen



Dayana Pfammatter, Volksmusik-Pionierin: Sie hat als Erste das Jodeln studiert

**Die Schweiz, Insel des Wohlstands, hat ihre Kehrseite:
Die Kosten fürs Leben werden für viele zur enormen Last**

**Fussball in der Schweiz: Stürmisch bei der Integration,
aber ziemlich zögerlich bei der Frauenförderung**



Schweizer Panoramagenuss

E-Paper Jahresabo
für nur **CHF 99.–**
statt CHF 149.–

Ihre Abo-Vorteile:

- Jeden Donnerstag als E-Paper
- Zugriff aufs Online-Archiv



So vielseitig wie die Schweiz.

**Schweizer
Familie**



Jede Woche abwechslungsreiche Unterhaltung mit neuen Ideen für Freizeit, Ferien und Ihr Zuhause, mit spannenden Reportagen, interessanten Menschen und Wissenswertem aus der Tier- und Pflanzenwelt.

QR-Code scannen für mehr
Infos und Abo-Bestellung.

Konsularische Dienstleistungen
überall, komfortabel auf Ihren
mobilen Geräten

 Guichet en ligne DFAE
Online-Schalter EDA
Sportello online DFAE
Online desk FDFA

www.eda.admin.ch

Barcelona

Lesen am Palmenstrand.

Geniessen Sie die «Schweizer Revue»
gut lesbar – und auch offline – auf ihrem
Tablet oder Smartphone.
Die App dazu ist gratis und werbefrei.
Sie finden die App mit dem Suchbegriff
«Swiss Review» in Ihrem Appstore.



Besuchen Sie uns!

Programm
Redner
Anmeldung



100. Auslandschweizer-Kongress vom 11. bis 13. Juli 2024 in Luzern



Auslandschweizer-
Organisation (ASO)

Unsere Partner:

Schweiz Tourismus.



Schweiz.
mit Bahn, Bus und Schiff.



ASN
Auslandschweizer

CSS

SWI swissinfo.ch

Genfer
Kantonalbank

Zürcher
Kantonalbank

4 Schwerpunkt

Trotz Wohlstand klagen in der Schweiz viele über das enorm teure Leben

8 Herausgepickt/Nachrichten

Die Finanzlage der Armee ist derzeit vor allem reich an Fragezeichen

10 Kultur

Auch als akademische Jodlerin bleibt Dayana Pfammatter der Tradition treu

12 Gesellschaft

Der Gaza-Krieg spült in der Schweiz den Antisemitismus an die Oberfläche

14 Sport

Fussball ist in der Schweiz seit Jahren auch ein Labor der Integration

**18 Politik**

Das klare Ja des Volks zum Ausbau der AHV ist ein historisches Verdikt

Nachrichten aus Ihrer Region**22 Gesehen**

«Nichts»: Eine Ausstellung, die rein gar nichts zeigt, aber vieles offenbart

24 Aus dem Bundeshaus

Die Schweiz verfolgt das Ziel, immer mehr Leistungen digital anzubieten

27 SwissCommunity-News

Die Fachhochschule Bern bietet der Fünften Schweiz ein E-Voting-Tool an

Zwei neue Briefmarken stellen die Fünfte Schweiz in den Fokus

31 Diskurs

Titelbild: Jodlerin Dayana Pfammatter. Foto Alain Amherd

Sorgen auf der Insel des Wohlstands



Immer mehr Schweizer Familien leben in Sorge, finanziell nicht über die Runden zu kommen. Dieser Satz – so schlicht, wie er dasteht – wirkt etwas befremdlich. Immerhin reden wir von Familien, die in der Schweiz leben, also in einem der weltweit reichsten Länder. Haben wir es hier mit dem Gemjammer von Verwöhnten zu tun? Haben die Besorgten aus den Augen verloren, was materielle Not anderswo – ausserhalb der Wohlstandinsel Schweiz – bedeutet?

Die rhetorischen Fragen sind nicht angezeigt: Den Besorgten ihre Sorgen abzusprechen, macht diese noch lange nicht zuversichtlich. Darum die Wiederholung: Trotz beeindruckend hoher Löhne und trotz guter Beschäftigungslage leben in der Schweiz bis weit in den Mittelstand immer mehr Familien in Sorge, finanziell nicht über die Runden zu kommen. Was ist da schiefgelaufen?

Eine mögliche, flüchtige Deutung des Phänomens: Die Schweiz leistet sich in vielen Bereichen sehr hohe Standards. Entsprechend beeindruckend ist, was auf dem Preisschild vieler Güter und Dienstleistungen steht. Vor allem aber besteht oft keine andere Wahl, als sehr tief ins Portemonnaie zu greifen. Das merken insbesondere viele Mieterinnen und Mieter: Wollen sie angesichts der in der Schweiz astronomisch hohen Mietkosten sparen, nützt ihnen ihre Bescheidenheit nichts. Denn Wohnungen für Anspruchlose werden hierzulande gar nicht erst gebaut.

Ähnliches gilt punkto Gesundheit: Die medizinische Versorgung ist formidabel, aber die Nation erkaufte sie sich mit beeindruckend hohen Krankenkassenprämien. Wohnungsmiete und Krankenkasse sind für eine Vielzahl von Familien die beiden grössten Ausgabenposten im Familienbudget. Wir zeigen in unserem Schwerpunkt (ab Seite 4) auf, was sonst noch alles die materiellen Existenzängste befeuert, die inzwischen auch beim Mittelstand erwacht sind.

Und wer liefert nun nach dem Sorgenthema den leichten, versöhnlichen Ausklang? Es ist diesmal Dayana Pfammatter. Die Jodlerin, die auch unsere Titelseite zierte, gilt in der Schweiz als Volksmusik-Pionierin. Sie ist die Erste, die – an der Hochschule Luzern – einen Masterstudiengang mit Hauptfach Jodeln abgeschlossen hat (Seite 10). Jene, die jetzt eine Akademisierung der Folklore befürchten, werden von der allerersten studierten Jodlerin des Landes eines Besseren belehrt: An Dayana Pfammatters Freude am Traditionellen und Bodenständigen hat das neu erworbene Wissen rein gar nichts geändert.

MARC LETTAU, CHEFREDAKTOR

Herausgeberin der «Schweizer Revue»,
des Informationsmagazins für die Fünfte Schweiz,
ist die Auslandschweizer-Organisation.



In der reichen Schweiz wächst die Existenzangst

Die Schweiz gilt als Insel des Wohlstands. Doch ist das Leben in einem der reichsten Länder teurer denn je. Wegen der hohen Kosten – insbesondere für Gesundheit und Wohnen – gerät auch der Mittelstand zunehmend unter Druck.

THEODORA PETER

Ein finanziell sorgenfreies Leben führen. So stellen sich viele den Alltag in der reichen Schweiz vor – gehört doch der helvetische Lebensstandard zu den höchsten in Europa. Einzig in Luxemburg und Norwegen ist das verfügbare Einkommen noch höher.

Doch das Bild der Wohlstandsinsel trifft lediglich auf 20 Prozent der Haushalte zu. Sie verfügen über ein monatliches Bruttoeinkommen von mehr als 8508 Franken für eine alleinlebende Person oder mehr als 17867 Franken für eine vierköpfige Familie. Alle übrigen Haushalte müssen mit weniger Geld auskommen – die einkommensschwächsten 20 Prozent gar mit weniger als 3970 Franken für eine alleinlebende Person oder weniger als 8338 Franken für ein Paar mit zwei Kindern

unter 14 Jahren. Diese neusten Zahlen des Bundesamtes für Statistik beziehen sich auf das Jahr 2021. Zum Bruttoeinkommen gehören sämtliche Einkünfte eines Haushaltes: Lohn, Rente oder andere Geldzuflüsse.

Rund 60 Prozent der Wohnbevölkerung in der Schweiz lebt demnach von einem mittleren Einkommen. Doch auch in der Mittelschicht gibt es enorme Unterschiede zwischen oben und unten. Die Statistik zählt dazu alle Personen aus Haushalten, die zwischen 70 und 150 Prozent des sogenannten medianen Bruttoäquivalenzeinkommens erzielen. Oder in Franken ausgedrückt: Sowohl ein Single mit monatlich 8500 Franken wie auch eine Rentnerin mit knapp 4000 Franken Haushaltsbudget gehören zur mittleren Einkommensgruppe. Für die vierköpfige Fami-

lie liegt diese Bandbreite zwischen 8338 und 17867 Franken. Wohin das Geld einer Familie aus dem unteren Mittelstand fliesst, illustriert das fiktive Beispiel der Familie Meier (siehe Kasten Seite 6).

Familien knapp bei Kasse

Insbesondere Eltern mit Kindern stehen unter einem wachsenden finanziellen Druck. Dies zeigt das Familienbarometer 2024 von Pro Familia Schweiz: In der neuesten Umfrage gaben 52 Prozent der Befragten an, ihr Einkommen reiche nur knapp oder gar nicht zum Leben. Ein Jahr zuvor hatte dieser Wert noch bei 47 Prozent gelegen. Sparen für schlechtere Zeiten oder für die freiwillige Altersvorsorge in der 3. Säule liegt für die

meisten kaum drin: Zwei Drittel der Befragten gaben zu Protokoll, gar kein Geld oder höchstens 500 Franken pro Monat zur Seite legen zu können. Für vier von zehn Familien sind die hohen Lebenshaltungskosten sogar ein Grund, auf weitere Kinder zu verzichten.

Rund die Hälfte der Befragten denkt über eine Erhöhung des Arbeitspensums eines oder beider Elternteile nach. Dies lohnt sich für viele aber nur dann, wenn die Kinder keine externe Betreuung benötigen. Denn die auch im Vergleich mit dem Ausland hohen Kosten für eine Kindertagesstätte fressen den Zusatzverdienst unter Umständen gleich wieder auf.

Auf das Portemonnaie der gesamten Bevölkerung drücken die explodierenden Krankenkassenprämien, steigende Mietzinse, höhere Energietarife und die allgemeine Verteuerung der Lebenshaltungskosten. Den wachsenden Unmut der Menschen im Land spürt auch der eidgenössische Preisüberwacher Stefan Meierhans: In den letzten zwei Jahren verzeichnete seine Behörde eine Rekordzahl von Anfragen von besorgten Bürgerinnen und Bürgern. Im Jahr 2023 gingen 2775 Meldungen aus der Bevölkerung ein – darunter auch von Menschen, die nicht mehr wissen, wie sie ihre Rechnungen zahlen sollen. «Die Furcht vor einer allgemeinen Prekarisierung hat zuge-

nommen», kommentierte Meierhans diese Entwicklung an seiner Jahresmedienkonferenz im Frühling.

Steigende Preise als neue Realität

Der Preisüberwacher soll die Bevölkerung vor zu hohen Preisen schützen, vor allem in Branchen, in denen kein Wettbewerb herrscht. Letztes Jahr intervenierte Meierhans zum Beispiel bei Tarifen im öffentlichen Verkehr (ÖV) – und erreichte, dass Inhaber eines 2.-Klasse-Generalabonnements (GA) weniger stark zur Kasse gebeten werden als von der ÖV-Branche gewollt. Statt stolzen

Den Leidensdruck der Bevölkerung spürt auch der Preisüberwacher. Er erhält stets mehr Meldungen besorgter Bürgerinnen und Bürger.



Cartoon: Max Spring

4080 kostet das GA künftig «nur» 3995 Franken, 135 Franken mehr als bisher. Insgesamt steigen die öV-Preise trotzdem um rund vier Prozent. Gegen begründbare Preisaufschläge – etwa, weil der Strom teurer wird oder Investitionen nötig sind – kann auch «Monsieur Prix» nichts ausrichten: «Wir müssen uns an die neue Realität steigender Preise gewöhnen.» Meierhans will dieses Jahr ein Auge darauf halten, dass die höhere Mehrwertsteuer nicht übermässig auf die Konsumierenden überwälzt wird. Dazu lädt er für Mitte Jahr zu einem Kaufkraftgipfel ein, an dem auch Akteure aus der Wirtschaft teilnehmen sollen. Bei den Gesundheitskosten – dem grössten Sorgenkind der Schweizerinnen und

Die hohen Gesundheitskosten sind die grösste Sorge der Schweizer Bevölkerung. Seit 20 Jahren haben sich die Krankenkassenprämien mehr als verdoppelt.

Schweizer – sieht der Preisüberwacher Potenzial für Preissenkungen – beispielsweise bei Medikamenten oder bei Spital- und Labortarifen. Doch die Ausgaben für den Gesundheitssektor wachsen jährlich um rund drei Pro-

zent. Grund dafür ist, dass die Bevölkerung älter wird sowie alle häufiger zum Arzt gehen. Als Folge haben sich die Krankenkassenprämien in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt. Eine vierköpfige Familie zahlt heute für die Grundversicherung bis zu 1250 Franken pro Monat.

Die Krankenversicherung ist auch in der Politik ein Dauerthema. Die verschiedenen Akteure konnten sich bislang nicht auf Reformen einigen, die zu tieferen Gesundheitskosten führen. Eine Entlastung erhofft sich das Parlament von einem neuen Finanzierungsmodell, das mehr Anreize für ambulante Behandlungen ohne teuren Spitalaufenthalt schafft. Parallel dazu propagieren die politischen Parteien

Blick ins Portemonnaie einer Mittelstandsfamilie

Die vierköpfige Familie Meier lebt in einer grösseren Schweizer Stadt. Beide Eltern arbeiten Teilzeit und erzielen zusammen ein Nettoeinkommen von 9000 Franken pro Monat.

Den grössten Posten im Haushaltsbudget macht das Wohnen aus: Für die Miete der Vier-Zimmer-Wohnung zahlen Meiers monatlich 2200 Franken inklusive Nebenkosten. Dazu kommt die Rechnung für Strom und Gas von 150 Franken. Die Prämien für die Krankenkasse und weitere Versicherungen belaufen sich auf 1300 Franken. Für die Steuern müssen Meiers pro Monat rund 1000 Franken zur Seite legen.

1200 Franken kosten die Einkäufe für Nahrungsmittel und Haushaltartikel. Internetanschluss, Mobiltelefone, TV- und Radiogebühren schlagen mit 250 Franken zu Buche. Für Kleider, Schuhe, Coiffeur und Freizeitaktivitäten sind pro Monat im Schnitt rund 1000 Franken reserviert. Darin nicht inbegriffen sind die Musikstunden für den achtjährigen Sohn und die zehnjährige Tochter. Kostenpunkt: 250 Franken pro Monat.

Die Eltern arbeiten zu 80 und 60 Prozent. An drei Wochentagen kümmert



Cartoon: Max Spring

sich abwechselnd ein Elternteil um die Familienarbeit und kocht mittags für die Kinder. Zwei Wochentage verbringt der Nachwuchs in der Tagesschule, was monatlich 800 Franken kostet. Früher – als die Kinder noch nicht zur Schule gingen – zahlten die Eltern mehr

als doppelt so viel für die externe Betreuung in einer Kindertagesstätte.

Meiers haben kein Auto. Für die Abonnemente im öffentlichen Verkehr, die gelegentliche Nutzung von Car-Sharing und die Kosten für ihre Velos rechnen sie monatlich mit 750 Franken.

Für Rückstellungen und Unvorhergesehenes sind 600 Franken reserviert. Dazu gehören insbesondere Ausgaben, die von der Grundversicherung der Krankenkasse nicht gedeckt werden: Nebst Franchise und Selbstbehalt gehen Termine beim Optiker oder bei der Zahnärztin rasch ins Geld. Eine Zahnsperre für Kinder kostet mehrere Tausend Franken.

All diese Budgetposten summieren sich zu potenziellen Ausgaben von 8500 Franken pro Monat. Der Mittelstandsfamilie Meier verbleiben somit 500 Franken für Ferien und das Sparen fürs Alter. Bei Familien mit tieferem Einkommen fällt dieser finanzielle Spielraum oft ganz weg. (TP)

eigene Rezepte: Am 9. Juni kommen zwei unterschiedliche Volksinitiativen zur Abstimmung. Während die Mitte-Partei eine Kostenbremse installieren will, fordert die SP mehr staatliche Mittel für Prämienverbilligungen (mehr dazu im Zusatztext rechts).

Bezahlbare Wohnungen sind rar

Ein weiterer grosser Brocken im Haushaltbudget ist die Wohnungsmiete. Anders als in vielen Ländern kann sich in der Schweiz nur eine Minderheit eigene vier Wände leisten: 58 Prozent der Bevölkerung lebt in Mietwohnungen. Auf dem ausgetrockneten Wohnungsmarkt wird es aber immer schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden. In den letzten 15 Jahren sind die durchschnittlichen Angebotspreise um 20 Prozent gestiegen. In grossen Städten wie Zürich und Genf sind Inserate mit Mieten von weit über 3000 Franken pro Monat inzwischen keine Seltenheit mehr. Der Mieterinnen- und Mieterverband sieht die Verantwortung dafür in der «Profitgier» der Immobilienbranche nach hohen Renditen. Linke Forderungen nach einer staatlichen Mietpreiskontrolle sind jedoch bisher gescheitert. Der Bundesrat zeigte sich jüngst bereit, die Regeln der Mietpreisgestaltung zumindest unter die Lupe zu zeigen.

Weniger stark ins Gewicht fallen die Kosten fürs Essen. 2021 gab der Schweizer Durchschnittshaushalt 6,8 Prozent für Nahrungsmittel aus. In vielen europäischen Ländern ist dieser Anteil fast doppelt so hoch, in Rumänien liegt er gar bei mehr als 28 Prozent. Trotzdem spürt auch die Bevölkerung in der Schweiz, dass der Wocheneinkauf im Supermarkt, die Tasse Kaffee im Restaurant oder die Briefmarke bei der Post teurer geworden sind. Höhere Preise im Alltag werden stärker wahrgenommen und drücken erst recht auf die Stimmung. Damit bröckelt auch die Gewissheit vom vermeintlich stabilen Wohlstand in der Schweiz.

Cartoon Max Spring

Zwei Volksinitiativen gegen hohe Gesundheitskosten

Am 9. Juni entscheiden die Stimmberechtigten in der Schweiz über zwei Volksinitiativen, die das Problem der hohen Gesundheitskosten auf unterschiedliche Art anpacken wollen: Die Prämien-Entlastungs-Initiative der SP sowie die Kostenbremse-Initiative der Mitte.

1. Mehr staatliche Prämienverbilligungen

Die SP-Initiative «Maximal 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien» verlangt eine Deckelung der Prämien. Die Versicherten sollen demnach höchstens zehn Prozent des verfügbaren Einkommens für die Krankenkassen zahlen müssen. Den Restbetrag müsste der Staat finanzieren. Das System der Prämienverbilligungen existiert bereits heute in den Kantonen, wird aber dort höchst unterschiedlich angewendet und genügt aus Sicht der Initianten nicht. Sie fordern, dass nebst den tiefen Einkommen auch der Mittelstand von einer Prämienentlastung profitiert. So könnte eine vierköpfige Familie bis zu mehrere Hundert Franken pro Monat einsparen.

Den bürgerlichen Parteien geht die linke Forderung zu weit. Mit einer solchen «Pflasterlipolitik» bekämpfe man nur Symptome statt Ursachen, argumentieren die Gegner. Ihr wichtigstes Argument sind jedoch die hohen Kostenfolgen von jährlich rund 4,2 Milliarden Franken. Dennoch hat das Parlament beschlossen, dass die Kantone mehr Geld für die Prämienverbilligungen einsetzen sollen – dies aber in deutlich geringerem Umfang als die Initianten verlangten. Dieser indirekte Gegenvorschlag wird umgesetzt, sofern die Initiative vom Stimmvolk abgelehnt wird.

Link zur Initiative: [bezahlbare-praemien.ch](https://www.bezahlbare-praemien.ch)

2. Sparzwang durch Kostenbremse

Ein anderes Rezept schlägt die Mitte-Partei mit der Initiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen» vor. Sie verlangt, dass Bund und Kantone eingreifen müssen, wenn die Gesundheitskosten stärker ansteigen als die Löhne.

Damit erhofft sich die Partei mehr Druck zu Kostensenkungen bei der obligatorischen Krankenversicherung. Sparpotenzial sehen die Initianten zum Beispiel bei den im Vergleich zum Ausland nach wie vor hohen Medikamentenpreisen. Auch solle es noch mehr Anreize geben für ambulante Eingriffe, die weniger kosten als ein Spitalaufenthalt.

Die Gegner – unter ihnen die Ärzteverbände – warnen vor «schädlichen Nebenwirkungen» einer solchen Kostenbremse. Sie könnte im schlimmsten Fall zu langen Wartelisten und einer «Zwei-Klassen-Medizin» führen, so das Argument. Auch Bundesrat und Parlament lehnen den Vorschlag als zu rigide ab, haben jedoch wie bei der SP-Prämieninitiative einen indirekten Gegenvorschlag erarbeitet. Demnach soll die Regierung jeweils für vier Jahre Kosten- und Qualitätsziele festlegen. Berücksichtigt würden dabei auch Faktoren wie die Alterung der Gesellschaft sowie medizinisch-technische Fortschritte. Damit soll auch transparenter werden, welche Kosten medizinisch gerechtfertigt sind.

Link zur Initiative: [die-mitte.ch/kostenbremse-initiative](https://www.die-mitte.ch/kostenbremse-initiative)



Onur Boyman



Monate nach einer Corona-Infektion leiden manche Menschen immer noch unter Langzeitfolgen: tiefe Erschöpfung, Kurzatmigkeit, Gedächtnisprobleme. Das Bundesamt für Gesundheit bezeichnet dies als Post-Covid-19-Erkrankung, andere sprechen von Long Covid. Warum sich ein Teil der Infizierten nicht erholt, gibt der Medizin Rätsel auf. Das Krankheitsbild besteht aus verschiedenen Symptomen und ist schwer fassbar, gesicherte Diagnosen und Therapien fehlen. Fest steht: Menschen mit Long Covid fallen oft längere Zeit am Arbeitsplatz aus; die Schweizer Invalidenversicherung verzeichnete bisher über 5000 Anmeldungen. «Für die Betroffenen ist es dramatisch», unterstreicht Onur Boyman, Professor für klinische Immunologie an der Universität Zürich. Als belastend empfinden sie auch, dass ihre Symptome oft als psychisch bedingt abgetan werden. Nun hat ein Team um Boyman in einer international beachteten, im Magazin «Science» publizierten Studie etwas über den Krankheitsmechanismus herausgefunden: Mitverantwortlich für Long Covid ist ein Teil des menschlichen Immunsystems, das sogenannte Komplementsystem. «Es kehrt bei Long-Covid-Patienten nicht mehr in den Ruhezustand zurück», erklärt der Immunologe. Der wild gewordene Zweig des körperlichen Abwehrsystems führt zu Schäden, deren Anzeichen die Forschenden im Blut nachweisen konnten. Das bedeutet: Long Covid könnte dereinst per Bluttest diagnostiziert werden. Auch eröffnen sich laut Boyman neue Wege, um gezieltere Therapien zu entwickeln. Bis dahin dauert es aber noch und braucht mehr Forschung. Der Stigmatisierung der Betroffenen haben die Zürcher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler trotzdem bereits ein Stück Boden entzogen.

SUSANNE WENGER

Gericht befand: Schweizer Regierung verletzt mit ihrer Klimapolitik Menschenrechte

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg fällte am 9. April 2024 ein Urteil, das über die Schweiz hinaus Signalwirkung für den Klimaschutz haben dürfte: Das Gericht befand, die Schweizer Regierung verletzte mit ihrer Klimapolitik Menschenrechte. Geklagt hatte eine Gruppe von Schweizer Seniorinnen (siehe «Schweizer Revue»-Beitrag: «Zu wenig Klimaschutz: Ältere Frauen verklagen die Schweiz», 6/2023). Die Frauen argumentierten, der Staat habe eine vorsorgliche Schutzpflicht, müsse also das Recht auf Leben schützen. Mit seiner zu laxen Klimapolitik tue er das nicht. Der EMGR teilt nun diese Sicht. Indem die Schweiz früher gesetzte Ziele zur Senkung der CO₂-Emissionen nicht durchsetze, tue sie zu wenig gegen die existenzielle Bedrohung, die vom Klimawandel ausgehe. Das Urteil könnte die Schweiz nun dazu zwingen, die Emission von Treibhausgasen stärker und rascher voranzutreiben

(MUL)

Schweiz und EU verhandeln über neues Abkommen

Seit dem 18. März 2024 verhandeln die Schweiz und die Europäische Union (EU) wieder über ein Abkommen, das die gegenseitigen Beziehungen regeln soll. Den Verhandlungen ging eine lange Zeit der Ungewissheit voraus: Vor drei Jahren brach der Bundesrat einseitig die damals laufenden Verhandlungen über ein neues Rahmenabkommen mit der EU ab – und auf dieses Scheitern folgten langwierige Sondierungsgespräche. Deren Ergebnisse bilden nun die Basis für die eigentlichen Verhandlungen, die noch dieses Jahr abgeschlossen werden sollen. Ein leichter Gang dürfte der Prozess für die Schweiz nicht werden. So betonte Bundespräsidentin Viola Amherd bei Verhandlungsbeginn, es seien noch in vielen Teilfragen Lösungen zu finden. Für die Schweiz sind geregelte Verhältnisse zur benachbarten EU von grösster Bedeutung – für den freien Personenverkehr, den Warenverkehr, aber auch für Wissenschaft und Forschung.

(MUL)

Ausgezeichnete Dunkelheit im Naturpark Gantrisch

Dem Naturpark Gantrisch, der Teile der bernischen und freiburgischen Voralpen abdeckt, ist im März von Dark Sky International das Label «Dark Sky Park» verliehen worden. Es ist das erste und einzige Gebiet in der Schweiz mit attestierter, nächtlicher Dunkelheit. Die geschützte Kernzone umfasst rund 100 km². Projektleiterin Nicole Dahinden würdigt das Label als «grosse Wertschätzung für die Nachtdunkelheit». Und laut Lydia Plüss vom Förderverein Region Gantrisch werde damit das Engagement aller belohnt, «die sich für die Bewahrung der Nachtdunkelheit einsetzen». Die nun zertifizierte Region ist auch ein wichtiges Durchzugsbiotop für Vogelschwärme. Für sie – sowie für Lurche, Insekten und ganz generell für nachtaktive Spezies – ist die gewährte Dunkelheit auch ein direkter Beitrag zum Artenschutz. Die «Schweizer Revue» hatte das Vorhaben bereits 2019 ausführlich vorgestellt: [revue.link/nacht](https://www.schweizerrevue.ch/revue.link/nacht)

(MUL)

Rechnen und kommunizieren mit der Schweizer Armee

Hat sie oder hat sie nicht, hat sie oder hat sie nicht ... genug Geld? Die Rede ist von der Armee. Darüber rätselte die Schweiz in den ersten Wochen des neuen Jahres.

CHRISTOF FORSTER

Am Anfang stand eine Mitteilung der Armeespitze: Wegen der angespannten finanziellen Situation verzichte die Armee auf diverse Anlässe, darunter eine grosse Flugshow in Emmen. Sie verfehlte ihre Schockwirkung nicht. Korpskommandant Thomas Süssli war fortan damit beschäftigt, den aufgeschreckten Politikern und Medien Erklärungen zu liefern. Tagelang wurde gerätselt, welche Bedeutung das Verteidigungsdepartement und die Armee dem Wort «Liquiditätsengpass» beimass. Die zuständige Bundesrätin, Viola Amherd, hielt sich lange im rückwärtigen Raum, bis sie selbst eingriff. Inzwischen haben sich die Wogen geglättet und es bleibt zumindest eine Erkenntnis: In der Kommunikation hat die Armeeführung noch nicht ihr volles Potenzial erreicht.

Kaum zufällig eliminierte Armeechef Süssli eine Flugshow und weitere Publikumsanlässe. Diese kosten zwar im Vergleich zu den neuen Kampffjets ein Butterbrot, sind aber in der Bevölkerung beliebt. Damit hatte er die Aufmerksamkeit, die er sich wünschte. Die Absage begründete er unter anderem mit der «Liquiditätssituation». Doch was meinte er damit: Gehen der Armee bald die flüssigen Mittel aus?

Eine fehlende Milliarde?

Zufall oder nicht: Einige Tage später berichtete Radio SRF über ein internes Papier des Armeestabs. Dieses legt nahe, dass der Armee 2024 und 2025 insgesamt über eine Milliarde Franken fehlt, um alle Rechnungen für bereits bestellte neue Rüstungsgüter zu bezahlen. In dem von SRF zitierten armeeinternen Dokument ist explizit die Rede von «Liquiditätsengpässen». Diese seien zumindest teilweise hausgemacht: Die Armee ist von ihrer eigenen Finanzplanung abgewichen.

Den Armeepianern war bereits vor Jahren bewusst, dass die Beschaffung eines neuen Kampffjets und die Verstärkung der Luftabwehr im bestehenden Finanzrahmen ein Kraftakt wird. Deshalb entschied man, dass die Armee während mehrerer Jahre entweder gar keine oder nur wenige Rüstungsgüter bestellen würde, um so Gelder freizuspielen. Die Armee wich jedoch von diesem Plan ab: Ab 2020 liess sie sich von Bundesrat und Parlament grössere Rüstungskäufe bewilligen als ursprünglich geplant. Die Armee lebte fortan über ihren Verhältnissen.

2022 zeichnete sich unerwartet eine Lösung für die Finanzprobleme der Armee ab. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine wollte das Parlament die Verteidigungsausgaben rasch aufstocken. Ziel waren Militärausgaben von 1 Prozent des BIP bis 2030 – von damals 5,3 auf 9,5 Milliarden Franken. Das Finanzdepartement warnte



Ein wenig «lost in translation»? Rüstungschef Urs Loher, Armeechef Thomas Süssli sowie Bundespräsidentin und Armeeministerin Viola Amherd erklären sich in Bern.
Foto: Keystone

vergeblich. Gestützt auf die Beschlüsse des Parlaments begann das Militär mit der Planung für entsprechende Rüstungskäufe.

Tritt auf die Bremse

Doch bereits ein Jahr später trat der Gesamtbundesrat angesichts der klammen Bundeskasse auf die Bremse. Er verlangte, den Militäretat nicht wie vom Parlament gefordert bis 2030 auf ein Prozent des BIP zu steigern, sondern erst bis 2035. Das Parlament akzeptierte den langsameren Wachstumspfad. Die Verschiebung um fünf Jahre sieht auf dem Papier nach wenig aus, hat aber grosse Folgen: Der Armee stehen bis 2035 massiv weniger Mittel zur Verfügung für Rüstungskäufe – rund 5,3 Milliarden Franken. Dieser Aufschub hat dazu geführt, dass die Armee auf Kaufverträgen sitzt, für die sie kein Budget mehr besitzt. Und auf diesen Umstand wollte die Armeespitze aufmerksam machen.

Verwirrende Terminologie

Aufgrund der ungeschickten Kommunikation und der verwirrenden Terminologie («Liquiditätsengpass») entstand allerdings in der Öffentlichkeit der Eindruck, der Armee gingen bald die flüssigen Mittel aus. Dem sei aber nicht so, beteuerte Amherd einige Wochen später in einem Interview mit der «Neuen Zürcher Zeitung». Der Grund für die Verwirrung: Das interne Verständnis von «Liquiditätsengpass» und der allgemeine Sprachgebrauch stimmen laut Amherd nicht überein. Es bedeute bei der Armee eben gerade nicht, dass man seine Rechnungen nicht mehr bezahlen könne.

Die Finanzleute der Armee lösen das Problem kurzfristig so, dass sie immer wieder Projekte und damit auch Zahlungen nach hinten verschieben. Aber dies beseitigt die grundsätzliche Malaise nicht: Wunschliste und Finanzmittel klaffen bei der Armee auseinander.

Die erste studierte Jodlerin will die Tradition weitergeben

Die Walliserin Dayana Pfammatter Gurten ist die erste Jodlerin mit Master-Abschluss in der Schweiz. Bedenken, das beliebte Brauchtum werde an der Hochschule akademisiert, weiss sie zu zerstreuen. Ihr sei es wichtig, den traditionellen Jodelgesang weiterzugeben, sagt sie.

SUSANNE WENGER

Sie kommt aus dem Bergdorf Mund oberhalb von Brig und steht für ein neues Kapitel in der Schweizer Volksmusik: Dayana Pfammatter Gurten. Die 31-Jährige verfügt seit Kurzem über einen Master of Arts in Musik mit Hauptfach Jodeln.

Sie ist die Erste, die den 2018 lancierten Studiengang an der Hochschule Luzern erfolgreich abgeschlossen hat. «Viele denken, ich hätte dort den ganzen Tag gejodelt», sagt sie. Doch es sei ein breit ausgerichtetes Musikstudium an der Zentralschweizer Fachhochschule gewesen. Neben

Stimmbildung und Körperarbeit büffelte sie in den fünfeinhalb Jahren Fächer wie Musiktheorie, Rhythmik und Musikgeschichte.

Gemeinsam mit anderen Musikstudierenden verschiedener Richtungen spielte sie in einem Volksmusik-Ensemble, lernte das Komponieren und Arrangieren. «Ich durfte meinen Rucksack mit viel musikalischem Wissen füllen», stellt sie fest. Jodelerfahrung brachte Dayana Pfammatter bereits mit, denn das Jodeln begleitet sie seit der Kindheit. Ihre Familie pflegte den Jodelgesang. Früh lernte sie zudem, das «Schwyzerörgeli» zu spielen, die

für die Schweizer Volksmusik typische Handharmonika. Nach der Schule absolvierte die Walliserin eine Lehre als Pharma-Assistentin, blieb aber mit dem Jodeln verbunden.

Vom Jodeln leben

Sie besuchte Ausbildungen des Eidgenössischen Jodlerverbands und übernahm, erst 23-jährig, die Leitung des Jodlerklubs Safran in ihrem Dorf Mund. In einer Weiterbildung erfuhr sie vom neu konzipierten Musikstudiengang der Hochschule Luzern, bei dem Jodeln als Hauptfach gewählt

Der Tradition verbunden beim Jodeln, der Natur verbunden in der Freizeit: Dayana Pfammatter mit einem ihrer Schwarznasenschafe. Foto Alain Amherd





werden kann – ein schweizweites Novum. Dayana Pfammatter bewarb sich und wurde aufgenommen. «Es war für mich die Chance, ein Musikpädagogikdiplom zu erwerben», sagt sie.

Tatsächlich kann sie seit dem Master-Abschluss Anfang 2024 beruflich ganz aufs Jodeln setzen. Sie arbeitet als Gesangsdozentin an einer Musikschule und als selbstständige Jodellehrerin. Ausserdem wird sie als Sängerin gebucht. Ihren Plan, zur Sicherheit ein Standbein als Fachkraft in der Apotheke zu behalten, hat sie vorerst ausgesetzt. Denn sie wird mit Anfragen für Jodellektionen nur so überhäuft. «Es ist schön, das Wissen zu hundert Prozent weitergeben zu können», unterstreicht sie.

Entwicklung genau beobachtet

Das Jodeln – einst ein Ruf von Berg zu Berg als Kommunikationsmittel – wurde nicht in der Schweiz erfunden. Doch der klangvolle alpenländische, oft mehrstimmige Lautfolgen-Gesang mit sprunghaftem Wechsel zwischen Brust- und Kopfstimme wird hier seit dem 19. Jahrhundert hingebungsvoll praktiziert. Es gibt eine rege Jodler-Szene an der Basis, mit lokalen Chören und Verbandsstrukturen. Alle drei Jahre messen sich qualifizierte Chöre am Eidgenössischen Jodlerfest,

Dayana Pfammatter beim Unterrichten: Sie wird mit Anfragen für Jodellektionen nur so überhäuft.
Foto Alain Amherd

ein Happening, das letztes Mal 10 000 Aktive und über 200 000 Besucherinnen und Besucher anzog.

Das Jodeln ist in der Schweiz Kulturgut und für Teile der Bevölkerung identitätsstiftend. Man beobachtet deshalb genau, was mit dem Jodeln zwischen Tradition, Öffnung und Populärkultur geschieht. So kamen in der traditionellen Volksmusik-Szene teilweise Bedenken auf, als der Jodel vor sechs Jahren akademisches Fach wurde. Das Jodeln sei kein Kunstgesang, lautete ein Einwand. Es weise regionale Eigenheiten auf, die als Brauchtum vor Ort singenderweise überliefert würden.

Altes Liedgut bewahrt

Falls es solche Zweifel immer noch gibt, werden sie mindestens gegenüber Dayana Pfammatter nicht mehr geäussert. Das hat stark mit ihrer Person zu tun. Die Walliserin ist in der Schweizer Jodlerwelt verankert. Mit ihrer Schwester trat sie früher an Konzerten «in den Jodlerhochburgen» auf, wie sie sagt. Der Eidgenössische Jodlerverband engagiert sie regelmässig als Kursleiterin und Jurorin für Jodlerfeste. Ab Herbst wird sie in zwei regionalen Verbänden die Hauptverantwortliche für die Chorleiter-Ausbildung sein.

«Die Leute kennen mich», hält sie fest, «sie wissen, dass ich mich nicht verbiege.» Im Studium befasste sich Dayana Pfammatter mit zeitgenössisch-experimenteller Volksmusik und vertiefte sich zugleich in traditionelle Jodelmelodien: «Wir hörten uns alte, knisternde Tonaufnahmen an und transkribierten das Liedgut, damit es nicht verloren geht.»

Die Tradition zu bewahren und im Unterricht weiterzugeben ist ihr wichtig, und sie hat dabei besonders den Nachwuchs im Auge. Mit dem Wissen über musikalische Früherzie-

hung, das sie an der Hochschule mitbekommen hat, vermittelt sie auch Schulkindern das Jodeln.

Jodelkurse boomen in der Schweiz

Selber hat es Dayana Pfammatter vor allem der Naturjodel angetan, die ursprünglichste Art des Jodelns: Jodeln pur, ohne Liedtext darum herum. «Der Naturjodel ist meine Herzensmusik», sagt sie. Er berühre sie tief, gehe ihr am meisten unter die Haut. Sie ist damit nicht allein. Während das Jodeln in der Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg den progressiv-urbanen Bevölkerungsgruppen lange Zeit als allzu urchig-patriotisch galt, erfreut es sich seit einigen Jahren grösster Beliebtheit. Jodelkurse boomen, auch in den Städten. Dayana Pfammatter verwundert das nicht: «In unserer stressigen und schnelllebigen Zeit möchten viele zurück zu den Wurzeln und zu sich selber.»

Einige meditieren oder machen Yoga, andere jodeln, sagt sie: «Das Jodeln ist etwas sehr Natürliches, Archaisches. Es hilft den Leuten, sich zu erden.» Neben dem Unterrichten und täglichen Üben leitet Dayana Pfammatter nach wie vor den Jodlerklub Safran in Mund, dem nächstes Jahr die Ehre zufällt, Gastgeber des kantonalen Jodlertreffens zu sein. Da muss vieles vorbereitet und organisiert werden. Zudem tritt sie weiterhin in Kleinformationen auf. Ihr Master-Rezital Anfang Jahr auf der Bettmeralp, bei dem zwei Ostschweizer Musikerinnen sie begleiteten, gelang so gut, dass die drei Frauen ein nächstes Projekt planen. Und dann ist da noch Dayana Pfammatters Hobby: die Walliser Schwarznasenschafe. «Durch meine Tiere bin ich sehr natur- und heimatverbunden», sagt sie.

Link:
klangwaerch.ch

Krieg im Nahen Osten – und in der Schweiz mehr Antisemitismus

In der Schweiz äussert sich Antisemitismus meist sehr verhalten. Die Anschläge vom 7. Oktober 2023 und der Gaza-Krieg haben jedoch zu Hassparolen geführt, denen jetzt auch Taten folgten – sogar ein Messerangriff. Unter den Juden geht die Angst um.

STÉPHANE HERZOG

Seit den furchtbaren Ereignissen vom 7. Oktober 2023 und dem Ausbruch des Gaza-Kriegs haben antisemitische Äusserungen und Handlungen in der Schweiz deutlich zugenommen. Die beiden Dachverbände der jüdischen Vereine in der Deutschschweiz und in der Romandie zählten im Jahr 2023 mehr als 2000 Fälle von Aggression, Beleidigungen, Drohungen und Hasstiraden im Internet. In der Romandie verzeichnete die «Coordination intercommunautaire contre l'antisémitisme et la diffamation» (CICAD) gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg der Fälle um 68 Prozent. Von Oktober bis Ende 2023 beklagte der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG) sechs körperliche Angriffe auf Juden, gegenüber einem einzigen im Jahr 2022.

Reaktionen in Wellen

Haben sich die antisemitischen Handlungen in der Schweiz seit 2023 deutlich verschärft? Laut dem Historiker Marc Perrenoud fehlt der Abstand. Antisemitismus kommt und geht in Wellen. Die Schweiz gewährte den Juden nur zögerlich gleiche Rechte (1874). Perrenoud erinnert daran, dass die erste Volksinitiative in der Schweiz im Jahr 1893 das Verbot des rituellen Schäch tens betraf und somit antisemitischer Natur war. In der Zwischenkriegszeit fühlte sich die Schweiz vom «Judäo-Bolschewismus» bedroht. Von 1939 bis 1945 war Antisemitismus Teil der Migrationspolitik. «Die Behörden behaupteten, die «Verjudung» der Schweiz zu bekämpfen, obwohl jüdische Menschen nie mehr als ein Prozent der Bevölkerung ausmachten», so der Historiker. Im Sechstagekrieg 1967 schlug das Pendel auf die Seite Israels aus. «Die Schweizer Bevölkerung konnte sich mit dieser kleinen, von ihren Nachbarn angegriffenen Demokratie identifizieren», so die Analyse von Marc Perrenoud. 1995 brach die Affäre um die nachrichtenlosen Vermögen aus, eine Reaktion auf die Zögerlichkeit der Schweizer Banken, Bankkonten an Opfer des Nationalsozialismus zurückzugeben. Damals «fühlten sich die Schweizer in ihrer Identität angegriffen und einige ihrer unmittelbaren Reaktionen liessen den Antisemitismus wieder aufleben», schreibt die Historikerin Brigitte Sion. Seither «zeigt sich Antisemitismus in allen Bevölkerungsschichten (...). Er tritt nun aus seinem Dasein im Verborgenen heraus und äussert sich in der politischen Arena, den Medien und anderen öffentlichen Foren.» (SH)

«Sich in der Öffentlichkeit als Jude zu erkennen zu geben ist oft mit Unsicherheit oder sogar Angst verbunden», erklärte der SIG. Seine Forderung an den Staat: eine verstärkte «Überwachung von Antisemitismus und Rassismus». Die CICAD fordert, dass Vertreter der Zivilgesellschaft regelmässig Schulen besuchen, um das Thema der Ablehnung von Mitmenschen zu diskutieren. Solche Massnahmen seien sinnvoller als Sicherheitsmassnahmen rund um Synagogen, sagt diese Vereinigung.

Der CICAD sind Fälle bekannt, in denen «Jude» in Schulen als Beleidigung verwendet wird. So wie bei einem Vorfall in einer Genfer Turnhalle, wo ein Schüler einen Jungen mit Deodorant besprühte und drohte, ihn «wie alle Juden zu vergasen», berichtet Johanne Gurfinkiel von der CICAD. Auf Worte folgen Taten. In La Chaux-de-Fonds wurden Glasfenster der Synagoge mit Eisbrocken eingeschlagen. In Davos sorgte die Weigerung eines Restaurantbetreibers, Sportgeräte an jüdische Gäste zu vermieten, für einen Skandal über die Landesgrenzen hinaus. Und in Zürich verletzte am 2. März ein junger Schweizer tunesischer Herkunft einen orthodoxen Juden mit einer Stichwaffe lebensbedrohlich. In seinem vor dem Angriff geposteten Video schwor der 15-Jährige dem Islamischen Staat die Treue und rief «zum weltweiten Kampf gegen die Juden» auf. Seine Tat brachte er mit der Lage im Nahen Osten in Verbindung.

Aggression in Genf

In einem kürzlich erschienenen Buch über die Geschichte der Juden in der Romandie stellt die Historikerin Brigitte Sion fest, dass es Antisemitismus in der Schweiz schon immer gegeben hat, allerdings selten in gewalttätiger Form. «Es handelt sich eher um ein leises Grollen im Hintergrund, das sich in Worten, Diskriminierung bei der Einstellung oder Beförderung, Spott oder Karikaturen und anonymen Schriften äussert.»

Seit dem 7. Oktober sind Äusserungen gegen Juden lauter geworden. «Merci au Hamas» war an einer Wand der Universität Genf zu lesen. «Für seine Existenz braucht Antisemitismus keine Juden, er funktioniert als eine Erklärung des Weltgeschehens», kommentierte im Februar die Soziologin Illana Weizman während einer Debatte in Genf. In einem Podcast der Aktivistin mit dem Titel «Wer hat Angst vor Juden?» ist die ganze Bandbreite antisemitischer Ausdrücke zu hören. Während der Corona-Pandemie zum Beispiel, als Lockdown und Impfblogatorium mit der Judenverfolgung verglichen wurden. «Mich beunruhigt,



wie wenig die Leute die Geschichte der Juden und des Holocaust kennen», klagt der Historiker Marc Perrenoud.

Krisen lassen den Antisemitismus wieder aufleben. In Lausanne hält die Verlegerin und linke Aktivistin E. G. (Name der Redaktion bekannt) verbittert fest: «Meine Tochter hat geheiratet, und ich bin sehr froh, dass sie ihren Namen geändert hat.» Sie selbst fühlt sich durch antisemitische Beiträge in sozialen Netzwerken verletzt: «Es gab sehr wenig Empathie für die Opfer des 7. Oktober.»

«Antisemitismus äussert sich in vielen kleinen Stichen», meint Félix, ein Sozialwissenschaftler aus Genf, der eines Morgens im November ein Graffiti an seinem Hauseingang vorfand: ein Hakenkreuz, verbunden mit einem Davidstern. Noch am selben Tag veröffentlichte Félix einen Aufruf auf seinem Facebook-Account. «Wer immer das war: Sprechen Sie mit mir darüber, ich werde Sie in aller Menschlichkeit empfangen», hiess es in seinem Post. Er ist der einzige Jude in diesem Haus. «Ich hatte Angst um meine 15-jährige Tochter, die bei mir wohnt», sagt Felix. Seine Tochter

ist keine Jüdin. «Man wirft mir meine Identität vor, obwohl ich keiner Gemeinde angehöre», meint er. Die Stadtverwaltung liess das Graffiti rasch entfernen.

Nathan Alfred, der neue Rabbiner der liberalen jüdischen Gemeinde Genf, vergleicht Antisemitismus, wie auch Rassismus und Sexismus, mit einer Krankheit. «Frauenfeindlichkeit ist nicht das Problem von Frauen. Das Opfer ist nicht das Problem. Es ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft, ein solches Problem zu lösen», sagt er. Die Gemeindemitglieder kommen mit ihren Sorgen zu ihm. Kann man eine Mesusa – ein jüdisches Kultobjekt – an der Haustür anbringen? Er selbst hat sich dafür entschieden, sie im Inneren seines Hauses zu platzieren. «Noch vor sechs Monaten hätte ich sie aussen angebracht», sagte er.

«Albert, Esther, Liebmann, Ruth et les autres – Présences juives en Suisse romande». Francine Brunshwig, Marc Perrenoud, Laurence Leitenberg, Jacques Ehrenfreund, Editions Livreo-Alphil, 2023.

In Zürich versammelten sich Hunderte Menschen, um ihre Solidarität mit dem Opfer des Messerangriffs vom 2. März auszudrücken. Die Kundgebung wurde von der Gruppe «Gemeinsam Einsam» organisiert, die den Dialog zwischen Menschen muslimischen und jüdischen Glaubens fördert.

Foto Keystone

Das grosse Spiel im kleinen Land

Im Juni nimmt das Schweizer Fussballnationalteam einmal mehr an einer Endrunde teil. Damit schreibt es die Erfolgsgeschichte der Integration weiter. Was dabei überschattet wird: die verpasste Frauenförderung.



Granit Xhaka



Xherdan Shaqiri



Murat Yakin



Breel Embolo



Milaim Rama

BENJAMIN STEFFEN*

Ein ganz normales Schweizer Fussball-Länderspiel: Prall gefüllte Restaurants, in denen Schweizerdeutsch geredet wird oder Französisch oder Italienisch; Autos mit Schweizer Nummern; Fans mit Schweizer Fahnen oder roten Trikots des Schweizer Männer-Fussballnationalteams.

Ein ganz normales Schweizer Fussball-Länderspiel, ausgetragen in Pristina, der Hauptstadt von Kosovo, im September 2023.

Granit Xhaka und Xherdan Shaqiri, die prägenden Schweizer Fussballer des letzten Jahrzehnts, haben kosovarischen Migrationshintergrund, «Xhaka, you're in the heart of Kosovo», stand auf einem Plakat, das ein Kind in die Höhe hielt. Xhaka selber sagte, in Pristina fühle er sich zu Hause. Von hier seien seine Eltern einst ausgewandert, «um mir und meinem Bruder ein besseres Leben zu ermöglichen».

Xhakas Bruder heisst Taulant, er spielte für das albanische Nationalteam, an der Europameisterschaft 2016 trafen sie aufeinander, in einem ganz normalen Schweizer Fussball-Länderspiel.

Oder es gibt Breel Embolo, ebenso aus Basel wie die Brüder Xhaka, geboren in Kamerun. An der Weltmeisterschaft 2022 spielte er gegen sein Geburtsland. Er schoss sogar das Siegtor. «Breel ist für mich wie ein kleiner Bruder», sagte der gegnerische Trainer nach einem ganz normalen Schweizer Fussball-Länderspiel.

Der Fussball lässt Länder und Leute verschmelzen – der Fussball als Integrationsmotor, ein weitverbreitetes Phänomen, das in der Schweiz schon früher grösser war als anderswo.

Es begann mit einem Spieler wie Severino Minelli, geboren 1909; sein Vater



Severino Minelli

war um die Jahrhundertwende mit der ersten italienischen Einwanderungswelle in die Schweiz gekommen. 1930 debütierte Minelli im Nationalteam, er absolvierte 80 Länderspiele und war einst der Schweizer Rekord-Nationalspieler. Diesen Status hat heute Xhaka, im Herzen der Schweiz, im Herzen von Kosovo.

Der erste Schweizer Nationalspieler mit kosovarischem Hintergrund, Milaim Rama, debütierte 2003, früher als in anderen Ländern.

Der erste Schweizer Nationalspieler mit türkischem Hintergrund, Kubilay Türkyilmaz, debütierte 1988, über zehn Jahre früher als Mustafa Dogan in Deutschland.

Auf Türkyilmaz folgten die Brüder Yakin, Hakan und Murat, der heutige Nationaltrainer. Nach Murats Geburt in Basel 1974 dauerte es fast 20 Jahre, bis er das Schweizer Bürgerrecht erhielt. Lange war erzählt und geschrieben worden, sogar Bundesrat Adolf Ogi solle Yakins Einbürgerung als Angelegenheit von «erheblichem nationalem Interesse» bezeichnet haben. Diese Geschichte vom Engagement des sportbegeisterten Regierungsmit-



glieds klang gut, aber stimmte nicht. Es ist bloss so, dass sich Ogi einst im Namen des Bundesrates dahingehend geäussert hatte, «in Ausnahmefällen» könnten «Einbürgerungsgesuche beschleunigt behandelt werden», vor allem, «wenn ein erhebliches öffentliches Interesse» bestehe. Bei Yakin aber sei «keine beschleunigte Behandlung» erfolgt.

Manchmal wird der Integrationsmotor stärker geredet, als er ist. Türkyilmaz musste sich als «Drecktürke» beschimpfen lassen, Nationalspieler hin oder her. Er trat vorübergehend aus der Auswahl zurück, obwohl die Herkunft im Team selber vermutlich selten ein Thema war. «Wenns drauf ankommt, haben alle dasselbe Ziel, da spielt es keine Rolle, ob du Secondo bist oder nicht», sagte Hakan Yakin 2016 in der «NZZ am Sonntag». Yakin war gefragt worden, ob es intern besprochen werde, wenn ein Spieler – wie einst Stephan Lichtsteiner – von «richtigen» und «anderen Schweizern» rede. Hakan Yakin sagte: «Im Nationalteam konzentrierst du dich aufs nächste Spiel. Oder haben Sie das Gefühl, dass die Spieler am Tisch sitzen und darüber diskutieren wollen?» Alles ganz normal.

Von Minelli über Türkyilmaz bis Xhaka: Sie stehen dafür, wie sehr das Nationalteam politische Entwicklungen spiegelt, Einwanderungsströme, Kriege; und wie der Schweizer Fussball davon profitiert.

Den letzten nachhaltigen Einfluss hatte die Migration aus Osteuropa, als Folge des Balkan-Krieges in den neunziger Jahren. Die Schweizer Nationalmannschaft nimmt regelmässig an Welt- und Europameisterschaften teil. In den vergangenen 20 Jahren verpasste sie ein einziges Turnier, die EM 2012; auch an der bevorstehenden EM in Deutschland ab Mitte Juni 2024 wird sie dabei sein. Und seit 2014 überstand sie stets auch die Gruppenphase, an der WM 2014, EM 2016, WM 2018, EM 2020, WM 2022, im Gegensatz zu Spanien, Deutschland, England, Portugal, Belgien oder Kroatien.

Die kleinen Schweizer im Fussball ganz gross. In jeder Hinsicht. Granit Xhaka spielt bei Bayer Leverkusen, einem Spitzenteam der deutschen Bundesliga; Yann Sommer spielt bei Inter Mailand, einem Spitzenteam der italienischen Serie A; Manuel Akanji spielt bei Manchester City, einem

Spitzenteam der englischen Premier League, Champions-League-Sieger 2023.

Und es trifft auch umgekehrt zu: Der Fussball ist in der kleinen Schweiz ganz gross. In den vergangenen Jahren hat er immer mehr Menschen erfasst, es gibt reihenweise Fussballklubs mit Wartelisten für ihre Juniorentams, es gibt kaum ein Wochenende, an dem nicht fast jeder Fussballplatz des Landes besetzt ist, von Alt und Jung mit Familiengeschichten aus nah und fern.

Und so ist diese Geschichte des Integrationsmotors das grosse Ganze und helle Schillernde, das vieles in den Schatten stellt. Im August 2022 verzeichnete der Schweizerische Fussballverband (SFV) 179 Nationalitäten, verteilt auf 300 000 Lizenzierte; der Anteil von Spielerinnen und Spieler mit einem ausländischen Pass, teils auch Doppelbürger, betrug 34 Prozent. Damals veröffentlichte der SFV eine umfassende Untersuchung zur «Sozialen Integration in Schweizer Fussballvereinen». Bei allen erfolgreichen Bemühungen stellte die Studie auch fest, dass Menschen mit Migrationshintergrund



Ramona Bachmann



Lia Wälti



Riola Xhemaili



Fabia

Noah Okafor

Alisha Lehmann

Svenja Friis

Céderic Zesiger

Remo Freuler

«deutlich öfter von Diskriminierung im Verein betroffen» seien als Menschen ohne Migrationshintergrund, «jedes zehnte immigrierte Mitglied berichtet davon».

Und was ebenfalls im Schatten steht, um nicht zu sagen: Diskriminiert wird – der Fussball der Frauen. Mit der Gleichstellung der Geschlechter im Fussball tut sich die Schweiz schwer. Immerhin gibt es ein Bewusstsein dafür. Zum Start der Frauen-WM im Sommer 2023 veröffentlichte der SFV ein Filmchen, das eine Familie am Esstisch zeigte. Die Tochter fragte den Vater, ob sie die WM schauen würden, worauf der Vater sagte: «Diesen Sommer ist keine WM.» Die Tochter blieb beharrlich, worauf der Vater merkte: Aha, die Frauenauswahl. Seine Gegenfrage: «Kennt man die?»

Eigentlich schon.

Ramona Bachmann spielte bis vor kurzem bei Paris Saint-Germain, einem Spitzenteam der französischen Division 1 Féminine, und ist seit Neustem bei den Houston Dash (USA) in der National Women's Soccer League; Lia Wälti spielt bei Arsenal, einem Spitzenteam der englischen FA Wo-

men's Super League; Riola Xhemaili spielt beim VfL Wolfsburg, einem Spitzenteam der deutschen Bundesliga.

Aber es ist wie einst bei Murat Yakin: Der Frauenfussball erfährt in der Schweiz «keine beschleunigte Behandlung». Zu wenig «erhebliches öffentliches Interesse»? Vom Profitum ist die Women's Super League weit entfernt. Im Nachwuchs ist laut Insidern keine Spur von Chancengleichheit für Mädchen und Buben betreffend Trainerqualität oder Zugängen zu Schul-und-Sport-Lösungen.

Wenn Frauen den Aufbau von Mädchenteams forcierten, kam's schon vor, dass Männer fragten, ob sie nicht endlich aufhörten damit. Und in manchen Klubs ist es noch immer so: Männer bekommen die besseren Trainingszeiten, eher neue Trikots und öfter Meisterschaftsspiele auf dem Hauptfeld. Es gibt noch immer wenig Trainerinnen, weil es vor 20 Jahren auch noch viel weniger Fussballerinnen gab; und es gibt noch kaum Kurse für Trainerinnen, obwohl Frauen schon mehrfach darauf hingewiesen haben, dass es nicht immer angenehm sei, als einzige Frau in einen Trainerkurs zu kommen.

Alles ganz normal?

Ausgerechnet in der Förderung des Frauenfussballs hinkt das Integrations-Vorbild anderer europäischen Ländern hinterher. Im Sommer 2025 findet in der Schweiz die Europameisterschaft der Frauen statt, es soll ein Fest werden mit lauter ausverkauften Spielen, mit prall gefüllten Restaurants, in denen Schweizerdeutsch geredet wird oder Französisch oder Italienisch oder Albanisch et cetera; Autos mit Schweizer Nummern; Fans mit Schweizer Fahnen oder roten Trikots des Schweizer Frauen-Fussballnationalteams. Der Sommer 2025 wird die Prüfung sein, ob der Integrationsmotor des Schweizer Fussballs stark genug ist, um auch Frauen stärker einzubinden.

*Der Autor begleitete als Journalist das Schweizer Männer-Nationalteam von 2004 bis 2024.

Fotos Seiten 14 bis 16: Alamy, Players Forumfree, Schweizerischer Fussballverband/football.ch



Schweiz.
mit Bahn, Bus und Schiff.

Ein Land, ein Ticket.

Die Wengernalpbahn vor dem Staubbachfall in Lauterbrunnen, Berner Oberland

Swiss Travel Pass: Reisen Sie auf dem gesamten Bahn-, Bus- und Schiffsnetz der Schweiz, so viel Sie wollen – freier Eintritt in viele Museen und Ermässigungen auf Bergbahnen inklusive.

[MySwitzerland.com/swisstravelsystem](https://www.myswitzerland.com/swisstravelsystem)

Wenn das Stimmvolk eine Lektion erteilt

Die Schweizerinnen und Schweizer wollen höhere Altersrenten. Das haben die Stimmberechtigten am 3. März 2024 an der Urne deutlich klargemacht. Das Ja zur Initiative der Gewerkschaften für eine 13. AHV-Rente ist ein historisches Verdikt.

THEODORA PETER

Erstmals in der Geschichte stimmte das Volk einer linken Initiative zum Ausbau des Sozialstaates zu. Über 58 Prozent der Stimmenden sowie 15 von 23 Kantonen (siehe Karte) stellten sich hinter das Volksbegehren «Für ein besseres Leben im Alter», das eine zusätzliche Monatsrente der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) einfordert. Gross war der Jubel bei den Initianten und ihren Verbündeten von SP und Grünen: Von einem «historischen Moment» sprach Pierre-Yves Maillard, Präsident des Gewerkschaftsbundes.

Noch vor einem Jahrzehnt war eine ähnliche Initiative, die eine allgemeine Rentenerhöhung um 10 Prozent gefordert hatte, an der Urne klar gescheitert. Doch inzwischen hat der Wind gedreht. Das System der Altersvorsorge – zu der auch die privaten Pensionskassen gehören – sichert den Erhalt des Lebensstandards im Alter immer weniger. Zudem belasten steigende Ausgaben für Krankenkasse, Miete und Strom das Portemonnaie der Rentnerinnen und Rentner. Gemäss den Initianten macht der aufgelaufene Kaufkraftverlust just eine zusätzliche AHV-Monatsrente aus. Diese entspricht einer Rentenerhöhung von 8,3 Prozent.

Im rechten Lager herrschte nach dem Urnengang Karerstimmung. Die bürgerlichen Parteien hatten die Sprengkraft der sozialpolitischen Initiative massiv unterschätzt. Insbesondere die SVP, sonst nahe am Puls des Volkes, wurde bei dieser Abstimmung von der eigenen Basis im

Stich gelassen. Auch das Argument der Wirtschaft, der Ausbau des Sozialwerks sei zu teuer und führe zu höheren Abgaben und Steuern, verfiel diesmal nicht.

Angriffe auf Fünfte Schweiz

Die Auslandschweizerinnen und -schweizer stimmten der Initiative mit 65 Prozent Ja noch deutlicher zu als der inländische Durchschnitt. Die Fünfte Schweiz war im Rahmen der Gegenkampagne ins Visier geraten – so wie die ausländischen Arbeitskräfte, die nach der Pensionierung in ihr Heimatland zurückkehren. Die SVP warnte vor «Luxusrenten», von denen Rentnerinnen und Rentner im Ausland dank starkem Franken und tieferen Lebenshaltungskosten profitierten. Dieser Vorwurf empörte zahlreiche Auslandschweizerinnen und -schweizer. Für viele ist es gerade das knappe Budget, das sie bei der Pensionierung motiviert, in ein anderes Land zu ziehen. «Mit unseren Renten könnten wir in der Schweiz nicht leben», so der Tenor vieler Zuschriften an die «Schweizer Revue». Wären die Betroffenen nicht ausgewandert, könnten sie in der Schweiz allenfalls Anspruch auf Ergänzungsleistungen geltend machen – was den Staat letztlich mehr Geld kostet.

Einführung per 2026

Die zusätzliche Rente soll – wie dies die Initiative verlangt – ab dem Jahr 2026 ausbezahlt werden, versicherte der Bundesrat nach dem Volksentscheid. Wie der Ausbau langfristig finanziert wird, war bei Redaktionsschluss noch offen. Denkbar sind höhere Lohnabzüge oder eine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer. Die Mitte brachte zudem die Idee einer Finanztransaktionssteuer ins Spiel. Gemäss Berechnungen des Bundes kostet die 13. AHV-Rente jährlich rund 4 bis 5 Milliarden Franken. Zum Vergleich: Heute gibt das Sozialwerk jährlich rund 50 Milliarden für Renten aus.

Höheres Rentenalter chancenlos

Vom Tisch ist derzeit eine Erhöhung des Rentenalters. Die Initiative der Jungfreisinnigen «für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge» stiess beim Urnengang vom 3. März auf eine

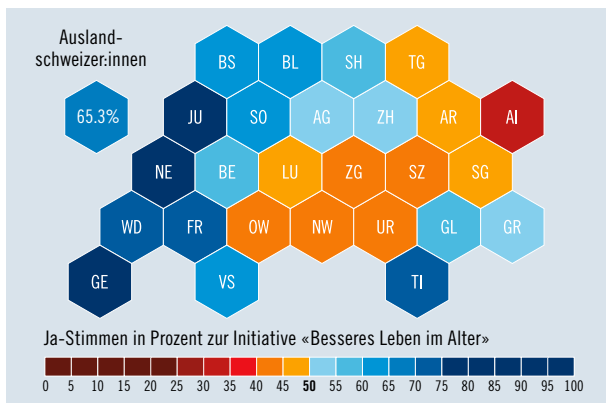


Er ist das Gesicht des linken Triumphs: Der SP-Politiker Pierre-Yves Maillard, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.
Foto Kestone



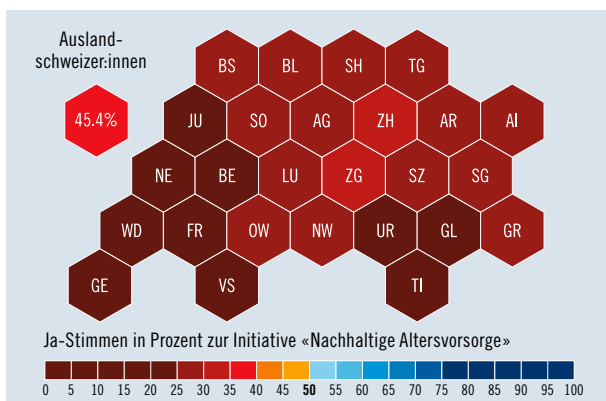
starke Ablehnung von fast 75 Prozent Nein-Stimmen. Die Initianten wollten, dass Frauen und Männer erst mit 66 statt mit 65 Jahren in Pension gehen. Danach hätte das Rentenalter an die durchschnittliche Lebenserwartung gekoppelt werden sollen. Davon wollte das Stimmvolk aber nichts wissen.

13. AHV-Rente



Die Initiative fand eine Mehrheit von 58,3 Prozent. Die Auslandschweizer:innen sagten gar mit 65,3 Prozent Ja. Auch eine Mehrheit der Kantone stellte sich dahinter. Am höchsten war die Zustimmung in der Westschweiz. Nein sagten die Kantone der Zentral- und Ostschweiz.

Höheres Rentenalter



Nur eine kleine Minderheit von 25,2 Prozent legte dazu ein Ja in die Urne. Bei den Auslandschweizer:innen war die Unterstützung mit 34,2 Prozent etwas höher. Kein einziger Kanton stellte sich hinter die Initiative «für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge».

Die Abstimmungen vom 9. Juni 2024 im Überblick

Prämien-Entlastungs-Initiative

Die Initiative «Maximal 10% des Einkommens für die Krankenkassenprämien» der SP Schweiz will die staatlich finanzierten Prämienverbilligungen stark ausbauen. Durch eine Deckelung der Prämien sollen vor allem Familien entlastet werden sowie die Kaufkraft erhalten bleiben. Die Gegner warnen vor zu hohen Kosten für den Bund. Das Parlament sprach sich für einen moderaten Ausbau der Prämienverbilligungen in den Kantonen aus. Mehr zum Thema Seiten 4–7.

Kostenbremse-Initiative

Die Mitte-Partei will das Ziel tieferer Krankenkassenprämien mit einer Initiative für eine Kostenbremse im Gesundheitswesen erreichen. Sie soll die Politik zum Eingreifen zwingen, wenn die Gesundheitskosten im Vergleich zu den Löhnen zu stark ansteigen. Die Gegner befürchten Leistungskürzungen. Anstelle einer starren Kostenbremse schlägt das Parlament vor, dass der Bundesrat alle vier Jahre Kosten- und Qualitätsziele festlegt. Mehr zum Thema Seiten 4–7.

Initiative gegen «Impfzwang»

Mit der Initiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» wollen Kritiker der Coronamassnahmen das Verbot einer «Impfpflicht» in die Verfassung schreiben. Für die Gegner geht die Initiative zu weit. Schon heute kann niemand gegen seinen Willen geimpft werden. Im Epidemiefall ist ein Obligatorium für besonders exponierte oder gefährdete Gruppen möglich. Wer sich trotzdem nicht impfen lässt, kann von bestimmten Tätigkeiten – etwa im Spital – ausgeschlossen werden.

Gesetz zur Stromversorgung mit erneuerbaren Energien

In der Schweiz soll rasch mehr Strom aus erneuerbaren Energiequellen wie Wasser, Sonne und Wind produziert werden. Gegen das vom Parlament beschlossene Gesetz hat die Fondation Franz Weber das Referendum ergriffen. Aus Sicht der Gegner gefährdet der Bau von Solaranlagen oder Windturbinen den Schutz von Landschaft und Natur. Zu den Befürwortern der Vorlage gehören – nebst den meisten Parteien – auch grosse Umweltorganisationen wie WWF oder Greenpeace.

Eine bewegende Kindheitsgeschichte und ein fulminantes Romanfresko

Die 98-jährige Suzanne Derieux ist eine der grossen Autorinnen der Welschschweizer Literatur.



Suzanne Derieux
(*1926)

CHARLES LINSMAYER

«Stirbst Du einmal zur gleichen Zeit wie Papa?» fragt die siebenjährige Jeanne ihre Mutter und bringt sie ebenso in Verlegenheit wie die anderen Erwachsenen, die das vorwitzige Kind mit seinen Fragen nervt. Sogar als Religionskritikerin entpuppt sich die Kleine, die protestantisch ist, aber den katholischen Kaplan wegen der vielen Bilder in dessen Kirche zur Rede stellt. Als ihre Grossmutter stirbt, findet sie das ganz natürlich: «Sie war doch alt, krank und verwitwet.» Als aber Michou, wie sie ihre junge Mutter nennt, an einer Blutvergiftung erkrankt, bekommt die harmlose Kinderfrage von ehemals unversehens einen tragischen Sinn, und als sie tatsächlich stirbt, wirft das einen unauslöschlichen Schatten auf ihre zuvor behütete, fröhlich-unbeschwerte Kindheit. Eine weise Erkenntnis über den Tod vermittelt auch der letzte Satz des Romans, der lautet: «Wenn niemand einen erwartet, kommt man immer zu früh.»

Tiefgründig und doch leicht

Die trotz seiner schweren Thematik leicht und schwerelos daherkommende, weitgehend in Dialoge aufgelöste Kindheitsgeschichte «L'enfant et la mort» war 1968 der dritte Roman, der unter dem Pseudonym Suzanne Derieux erschien. Erstmals war der Name 1961 auf dem Titelblatt des Romans «Corinne» erschienen, der Geschichte einer Lehrerin, die sich in einen Schüler verliebt. Fast wie ein Thriller war 1964 «San Domenico» dahergekommen, der Roman einer jungen Frau, die dem Charme eines italienischen Spions verfällt. Hinter dem Pseudonym Derieux aber verbarg sich die am 26. April 1926 als Arzttochter in Yverdon geborene Suzanne Piguët-Cuendet, die, mit einem Juris-

ten verheiratet und Mutter von drei Söhnen, auch mit bald 98 Jahren und trotz einer weitgehenden Erblindung in ihrem Haus am Genferseeufer bei Cully noch immer schriftstellerisch tätig ist. Bis 2019, als der vierte Band, «S'il plaît à Dieu», erschien, arbeitete

«Warum, warum das ist einfach zu ungerecht, eine so junge Frau», klagen Tante Ida und Cousine Odile. Jeanne weiss warum. Michou hatte ein Zeichen auf der Stirn. Die Leute konnten es nicht sehen. Gérard sagt, der Krieg in Vietnam werde schlimmer und die Gelben werden Europa erobern. Gott nimmt die zu sich, die er vor dem Weltuntergang retten will. Jetzt kann das schwarze Pferd aus dem Meer steigen.»

Aus: Suzanne Derieux, «Das Kind und der Tod», Th. Gut Verlag, Zürich 2006

sie da an ihrem literarischen Hauptwerk, einer historisch-biografischen Romanserie, die 1756 Seiten umfasst (der erste Band, «Un arbre de vie», erschien 1995, Band zwei – «Exils» – 1997 und Band drei – «La Tourmente» – im Jahr 2001). Im Mittelpunkt des epischen Zyklus steht eine frühe Verwandte der Autorin: Elisabeth Antoinette, eine Tochter aus jenem Haus Gonzenbach im thurgauischen Hauptwil, wo einst Hölderlin Hauslehrer war.

Die Romanserie, die eine ganze Epoche in einer Familiengeschichte spiegelt, beginnt 1763 in Hauptwil mit dem Tod von Elisabeths Mutter. Sie hinterlässt einen Mann und drei Töchter, darunter eben jene Elisabeth genannt Elsette, die von Pestalozzi, Lavater und Albrecht von Haller bis zu Voltaire die grossen Geister der Epoche kennenlernen wird. Bereits 1968 hat Suzanne Derieux unter dem Titel «Les sept vies de Louise Croisier née Moraz» auch die Lebensgeschichte ihrer Grossmutter literarisch verarbeitet.

Für Rebellen und Gestrauchelte

Neben diesen Romanen, die Familiäres mit der Zeitgeschichte verknüpfen, hat sich die Autorin immer wieder mit grossem persönlichem Engagement sozialen Fragen gewidmet. So in «Pour dormir sans rêves» von 1980, einem leidenschaftlichen Plädoyer für einen adäquateren Umgang mit straffällig gewordenen Jugendlichen, das seine Authentizität daraus bezog, dass der älteste Sohn von Suzanne Derieux in den 68er-Jahren im Gefängnis sass, weil er zu den «Blousons dorés», einer Gruppe rebellischer Jugendlicher, gehört hatte. Auch in «L'Homme n'est jamais seul» von 1983 wandte sich die tiefgläubige Dichterin, die nach einem Erweckungserlebnis bei Karl Barth in Basel Theologie studiert hatte, Gestrauchelten und Aussenseitern zu und liess sie in der Begegnung mit verständnisvollen Mitmenschen aus ihrer Vereinzelung herausfinden.

BIBLIOGRAFIE: «Das Kind und der Tod» ist in der Übersetzung von Irma Wehrli als Band 23 von «Reprinted by Huber» im Verlag Th. Gut, Zürich, deutsch greifbar.

CHARLES LINSMAYER IST LITERATURWISSENSCHAFTLER UND JOURNALIST IN ZÜRICH

Älterwerden heisst, sich neu zu definieren



PASQUALINA PERRIG-CHIELLO:
«Own your Age. Stark und selbstbestimmt in der zweiten Lebenshälfte», Beltz-Verlag, 2024, 285 Seiten, 32.50 Franken

Negative Altersbilder sind in unserer auf Jugendlichkeit und Leistungsfähigkeit bedachten Gesellschaft weit verbreitet, doch sie beruhen vor allem auf Unwissen und diffusen Ängsten. Das weist die Entwicklungspsychologin Pasqualina Perrig-Chiello in ihrem neuen Buch nach. Die emeritierte Professorin der Universität Bern legt dar, inwiefern das Älterwerden zwar Verluste mit sich bringt, gewiss, aber auch Zugewinne. Und Gelegenheiten für persönliches Wachstum. Historisch gesehen verfügte keine Generation zuvor über solche Möglichkeiten, das Alter zu gestalten, wie heute, unterstreicht die Autorin – dank längerer Lebenserwartung, mehr Jahren bei guter Gesundheit und erkämpften individuellen Freiheiten.

Perrig-Chiello beleuchtet interessanterweise die drei grossen Übergänge ab der Lebensmitte. Den Übergang in die zweite Lebenshälfte mit etwa 40 Jahren. Den Übergang ins Alter mit der Pensionierung, der in der Schweiz gesetzlich bei 65 Jahren festgelegt ist. Und den Übergang ins hohe Alter ab etwa 80 Jahren. «Es sind Phasen der Verunsicherung, der Suche nach Orientierung und der erhöhten Verletzlichkeit, in denen die alte Identität abgelegt und die neue erst noch gefunden werden muss», schreibt die Expertin. Fragen stellen sich: Wie komme ich mit dem körperlichen Altern klar? Wo sind meine Lebensträume geblieben? Wer bin ich ohne meinen Beruf? Wie gehe ich damit um, unterstützungsbedürftig zu werden? Und am Schluss: Wie blicke ich auf mein Leben zurück?

«Own your Age», ermuntert uns Perrig-Chiello schon im Buchtitel: Bestimmt die Veränderungen mit, die ohnehin kommen. Die Psychologin schlägt für jeden der Übergänge sehr konkrete Strategien vor, wie das gehen kann. Sie stützt sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse, zu der sie selber über Jahre beigetragen hat. Eingestreute Fallbeispiele zeigen, wie Frauen und Männer ihren Weg gefunden haben – zu ihrem eigenen Wohl, aber oft auch zum Wohl von anderen.

Pasqualina Perrig-Chiello legt eine reichhaltige Orientierungshilfe vor, die individuelle Entwicklung in den gesellschaftlichen Kontext stellt. Das Buch hat Tiefgang und liest sich dennoch leicht. Es stellt sich abwertenden Zuschreibungen entgegen, wie sie im öffentlichen Diskurs spürbar sind. Etwa wenn nur im Krisenmodus über den demografischen Wandel gesprochen wird oder ein verächtliches «Ok, Boomer» fällt. Die Forschung belegt laut der Autorin: Übernehmen Menschen negative Altersbilder, schadet dies ihrer Gesundheit. Anders gesagt: Sich von den Stereotypen zu befreien, kann nur guttun.

SUSANNE WENGER

Der Soundtüttler für den Wellnessbereich



BORIS BLANK:
«Resonance»
(Universal, 2024)

Die Ankündigung des dritten Soloalbums von Boris Blank klingt alles andere als vielversprechend. Der Soundtüttler von Yello, der Jahrzehnte als einer der prägenden Pioniere der elektronischen Musik galt, will Musik für den Wellnessbereich komponieren? Klänge, die in der gemischten Sauna bei dumpfen 60 Grad und süsslichen Eukalyptusdämpfen im Wechsel mit tropischem Vogelgezwitscher aus den Lautsprechern säuselt?

Ja, genau das hatte Boris Blank vor. Das neue Album «Resonance» sollte zwölf Nummern enthalten, die aus einer Auftragsarbeit für das Züricher Thermalbad Fortyseven hervorgegangen waren. Und er setzte das Vorhaben gnadenlos in die Tat um. Statt mit den typisch perkussiven Yello-Rhythmen und den unverkennbaren Synthiesounds der allgemeinen Erwartungshaltung zu entsprechen, wagt er sich nun auf ätherisches Ambient-Terrain. Die zwölf Songs sollen «mit meditativen Klängen für Wellness und Entspannung» sorgen, heisst es in der Mitteilung der Plattenfirma. Oh, Graus! Seine «Affinität zu weiten Räumen wie Fabrikhallen, Tiefgaragen oder auch den Bergen und zur akustischen Resonanz, die diese Räume erzeugen», habe ihn zum Album inspiriert, lässt sich Blank zitieren. Schon besser!

Und das Resultat? «Resonance» ist tatsächlich weit ambientlastiger und schwebender als man es sich von Boris Blank und Yello gewohnt ist. Nur ganz selten, wie beim eröffnenden «Vertigo Heroes», tauchen die typisch pumpenden Sounds und Beats auf. Das Titelstück wiederum gefällt durch ein gewisses Retro-Flair, leider enthält es aber auch kitschige Klaviermelodien. Nummern wie «Ninive», «Najade», «Mirage» und «Time Bridges» plätschern dagegen minutenlang vor sich hin – kippen beinahe in esoterische Beliebigkeit. Endlose Soundteppiche lassen weisse Wolken und blauen Himmel vor dem geistigen Auge vorbeihuschen, Flüge in unendlicher Höhe. Dabei entfalten sie durchaus die gewünschte meditative Wirkung. Perfekt für ein Thermalbad.

Und dann, bei «North of Eden», sind sie tatsächlich da, die tropischen Vögel und das Plätschern des Baches – jene Geräusche, die auch ohne Boris Blank in jedem anständigen Wellnessbereich zu hören sind. Das ist dann doch zu viel des Ambienten. Spätestens jetzt heisst es: Abschalten und den guten alten «Bostich» von Yello auflegen – angezogen und hellwach im heimischen Wohnzimmer.

MARKO LEHTINEN

NICHTS NOTHING RIENS



Von nichts kommt «Nichts»

Das Berner Museum für Kommunikation stellt
in der Ausstellung «Nichts» nichts aus. Das zeigt viel.

«Bitte weitergehen, hier gibt es nichts zu sehen», steht beim Aufgang zum kleinen Raum, in dem Kurt Stadelmann, Kurator am Museum für Kommunikation, und sein Team «Nichts» ausgestellt haben. Die feine Ironie des Eingangsschildes zieht sich durch die ganze Installation. Sie hebt nicht in philosophische Sphären ab, sondern bleibt am Boden. Bei Kurt Tucholsky, um genau zu sein. Der deutsche Autor hielt einst fest, dass ein Loch – der Inbegriff des Nichts – nur darum ein Loch sein könne, weil es auch ein Drumherum gebe, das sich von ihm unterscheidet.

Auf ein schweizerisches Kult-Nahrungsmittel übertragen heisst das: Die Löcher im Emmentaler existieren nur, weil sie von Käse umgeben sind.

Dieses Prinzip hat das innovative Museum konsequent umgesetzt. Zum Beispiel so: «Nichts als leere Versprechen», steht neben einer wertlosen 500-Franken-Aktie der verblichene Credit Suisse. «Langer Reden kurzer Sinn: Nichts dabei herausgekommen», steht neben einem gefalteten Papierschliffchen, das während einer trostlosen Sitzung entstand. «Nichts währt ewig», steht neben einem Ehering.

Faszinierend ist die Verortung des Point Nemo auf einer Weltkarte. Es handelt sich um den Punkt mitten im Pazifik, der weiter als jeder andere Punkt auf der Welt vom Festland entfernt ist. Im Nichts.

Man kann in der Ausstellung einen von der Decke hängenden Hörbecher ans Ohr nehmen. Eine warme Stimme erklärt, dass im ganzen Universum kein Raum existiert, in dem gar nichts sei. Nicht einmal in einem Vakuum. Nichts ist nie nichts.

Heisst vielleicht: Es ist immer etwas da, wenn man es sehen will. Freude, Hoffnung, eine Erinnerung, eine Idee vielleicht. Diesen Gedanken kann man aus «Nichts» nach Hause nehmen. Das ist ziemlich viel.

JÜRIG STEINER

Museum für Kommunikation, Bern: «Nichts». Bis 21. Juli 2024. Verbunden mit der Ausstellung ist das Online-Game The Void, das man überall spielen kann. Website: www.mfk.ch/nichts

E-Government: Einfacher digitaler Kontakt zur Verwaltung

Die Schweizer Verwaltungen erbringen ihre Leistungen vermehrt digital. Das dient der Schweizer Bevölkerung und im Besonderen den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern. Seit 2024 verfolgen Bund, Kantone, Städte und Gemeinden die gemeinsame Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024–2027». Sie legen darin fest, wie die digitale Transformation der Verwaltung im föderalen Kontext vorangetrieben wird.



Foto: iStock

Der Beauftragte von Bund und Kantonen für die Digitale Verwaltung Schweiz, Peppino Giarritta, informiert im Interview, auf welche Meilensteine sich die Nutzenden freuen können.

Die Strategie sieht vor, dass Verwaltungen als vernetztes Gesamtsystem durchgängig digitale Behördenleistungen erbringen. Allen Nutzenden soll eine effektive, transparente und sichere digitale Interaktion mit der öffentlichen Verwaltung ermöglicht werden. Was ist Ihre Vision?

Meine Vision ist, dass die Bevölkerung von durchgängigen digitalen Angeboten profitiert.

Peppino Giarritta

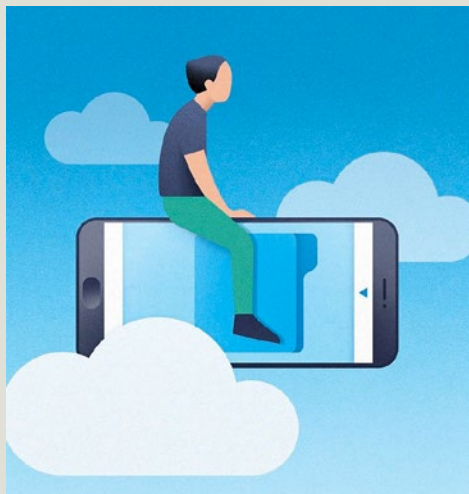
Meine Vision ist, dass die Bevölkerung von durchgängigen digitalen Angeboten profitiert. Durchgängig heisst, dass die Nutzenden von Behördenleistungen gar nicht merken müssen, mit welcher Staatsebene – Bund, Kanton oder Gemeinde – sie zu tun haben. Die Leistungen ihrer Behörde sind auf ihre Lebenssituationen und Bedürfnisse zugeschnitten. So macht ihnen die Verwaltung das Leben einfacher. Die Verwaltung stellt sicher, dass sie von überall gut erreichbar ist und ihre Angebote einfach auffindbar sind. Wer genau zuständig ist, muss für die

Nutzenden nicht im Vordergrund stehen. Gleichzeitig ist Transparenz gefordert: Es ist klar, wer handelt und in welcher Phase der Prozess ist. Das schafft Vertrauen.

Um die Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden zu stärken, wurde die Digitale Verwaltung Schweiz gegründet. Welche Erfolge hat sie in den ersten zwei Jahren erzielt?

Seit dem 11. Januar 2024 kann ein erster Dienst, entstanden aus einem DVS-Projekt, genutzt werden: Der Authentifizierungsdienst der Schweizer Behörden AGOV wird von den Kantonen Zürich und Appenzell-Ausserrhoden als schweizweites Behörden-Login pilotiert und bald auch in weiteren Kantonen angeboten. Die Idee eines einzelnen Logins für Behördenleistungen soll den Nutzenden das Leben vereinfachen.

Für den Ausbau weiterer Behördenangebote und Grundlagen hat die DVS eine zusätzliche Finanzierungsquelle erhalten: Bund und Kantone haben vereinbart, gemeinsam dringend erforderliche digitale Infrastrukturen und Basisdienste für die Jahre 2024 bis 2027 zu fördern. Ein Schlüsselprojekt der Agenda DVS ist zum Beispiel die staatliche E-ID und der Aufbau der dafür erforderlichen Vertrauensinfrastruktur. Ein anderes Projekt ist die Ermöglichung von E-Voting: Hier ist 2023 die Wiederaufnahme des Versuchsbetriebs in mehreren Kantonen erfolgreich gestartet.



Wenn der Datenaustausch funktioniert, ist das auch von Vorteil für die Auslandschweizerinnen und -schweizer.
Illustration DVS



Mit der Agenda DVS wird die Bereitstellung von dringend erforderlichen Infrastrukturen und Basisdiensten beschleunigt und der Aufbau der digitalen Verwaltung in der Schweiz substanziell vorangetrieben. Illustration DVS

Ein besonderer Erfolg, den ich hervorheben möchte, ist auch die gemeinsam erarbeitete Strategie «Digitale Verwaltung Schweiz 2024–2027». Sie wurde Ende 2023 vom Bundesrat, den Kantonen sowie durch den Schweizerischen Gemeindeverband und den Schweizerischen Städteverband verabschiedet. Die Strategie ist am 1. Januar 2024 in Kraft getreten und dient den öffentlichen Verwaltungen aller föderaler Ebenen als Kompass, um die Entwicklung der digitalen Verwaltung koordiniert und zielorientiert voranzutreiben.

Welche Fortschritte sollen in den nächsten vier Jahren bei den digitalen Verwaltungsleistungen in der Schweiz erzielt werden?

Es gilt die E-ID einzuführen. Im Weiteren sollen Behördenportale interoperabel werden. Das heisst, dass sie untereinander verknüpft sind und es einen einfachen Zugang dazu gibt. Eine elektronische Identität soll zukünftig den sicheren Zugang dazu ermöglichen. Weiterhin Thema ist eine bessere Auffindbarkeit der Dienste: Die Nutzenden sollen ohne lange Suche die benötigten Online-Angebote finden. Nebst dem schaffen wir auch im Datenmanagement Grundlagenarbeit für eine sichere wertschöpfende Nutzung von Daten über alle Staatsebenen. Die Kultur bei den Verwaltungen soll und wird sich ändern,

hin zu einer vernetzten Organisation, die zugänglich und nah bei den Leuten ist, indem sie die Bedürfnisse der Nutzenden ins Zentrum stellt.

Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern den Kontakt mit den Behörden zu erleichtern?

Grundsätzlich kann man festhalten: Wenn der Datenaustausch und die gute föderale Zusammenarbeit in der Schweiz funktionieren, ist das auch von Vorteil für die Auslandschweizerinnen und -schweizer. Dieser Austausch und diese Zusammenarbeit sind wichtige Voraussetzungen für durchgängige digitale Behördenleistungen. So braucht es Schnittstellen zu den konsularischen Diensten, damit auch das Online-Angebot in diesem Bereich wachsen kann. Einwohner – Konsulat – Gemeinde – diese Prozesse können dadurch vereinfacht werden: Auch im Ausland sollen Behördengeschäfte einfach online erledigt werden können.



Foto DVS

Dr. Peppino Giarritta ist Beauftragter von Bund und Kantonen für die Digitale Verwaltung Schweiz. Der promovierte Physiker und Wirtschaftsingenieur ist für die Koordination der digitalen Transformation zwischen den verschiedenen föderalen Ebenen zuständig. Die Zusammenarbeitsorganisation «Digitale Verwaltung Schweiz» besteht seit 2022. Sie gestaltet die strategische Steuerung und Koordination der Digitalisierungsaktivitäten von Bund, Kantonen und Gemeinden.

Die Schweiz in der Tasche

SwissInTouch.ch
Die App für die
Auslandschweizergemeinschaft



swissintouch.ch



Eidgenössische Abstimmungen

Die Abstimmungsvorlagen werden durch den Bundesrat mindestens vier Monate vor dem Abstimmungstermin festgelegt.

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 31. Januar 2024 beschlossen, dass am 9. Juni 2024 über vier eidgenössische Vorlagen abgestimmt werden soll:

- Volksinitiative vom 23. Januar 2020 «Maximal 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)»
- Volksinitiative vom 10. März 2020 «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)»
- Volksinitiative vom 16. Dezember 2021 «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit»
- Bundesgesetz vom 29. September 2023 über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes)

Alle Informationen zu Abstimmungsvorlagen (Abstimmungsbüchlein, Komitees, Empfehlungen des Parlaments und des Bundesrates etc.) finden Sie unter www.admin.ch/abstimmungen oder in der App «VotefInfo» der Bundeskanzlei.



Volksinitiativen

Die folgenden eidgenössischen Volksinitiativen wurden bis Redaktionsschluss neu lanciert (Ablauf der Sammelfrist in Klammern):

- Eidgenössische Volksinitiative «Für wirksame Regulierungsmassnahmen gegen eine unkontrollierte Ausbreitung von Wolf, Luchs, Bär und Raubvögeln aller Art» (30. Juli 2025)
- Eidgenössische Volksinitiative «Gegen die Zerstörung unserer Wälder durch Windturbinen (Waldschutz-Initiative)» (30. Juli 2025)
- Eidgenössische Volksinitiative «Für den Schutz der direkten Demokratie bei Windparks (Gemeindeschutz-Initiative)» (30. Juli 2025)

Die Liste der hängigen Volksinitiativen finden Sie unter www.bk.admin.ch/ > Politische Rechte > Volksinitiativen > Hängige Volksinitiativen



Impressum

Die «Schweizer Revue», die Zeitschrift für die Auslandschweizer:innen, erscheint im 49. Jahrgang sechsmal jährlich in deutscher, französischer, englischer und spanischer Sprache. Sie erscheint in 13 regionalen Ausgaben und einer Gesamtauflage von rund 431 000 Exemplaren (davon 253 000 elektronische Exemplare).

Regionalnachrichten erscheinen in der «Schweizer Revue» viermal im Jahr.

Die Auftraggeber:innen von Inseraten und Werbebeilagen tragen die volle Verantwortung für deren Inhalte. Diese entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin.

Alle bei einer Schweizer Vertretung angemeldeten Auslandschweizer:innen erhalten die Zeitschrift gratis. Nichtauslandschweizer:innen können sie für eine jährliche Gebühr abonnieren (CH: CHF 30.–/Ausland: CHF 50.–).

ONLINE-AUSGABE
www.revue.ch

REDAKTION
Marc Lettau, Chefredaktor (MUL)
Stéphane Herzog (SH)
Theodora Peter (TP)
Susanne Wenger (SWE)
Paolo Bezzola (PB; Vertretung EDA)

AMTLICHE MITTEILUNGEN DES EDA
Die redaktionelle Verantwortung für die Rubrik «Aus dem Bundeshaus» trägt die Konsularische Direktion, Abteilung Innovation und Partnerschaften, Effingerstrasse 27, 3003 Bern, Schweiz. kdiip@eda.admin.ch | www.eda.admin.ch

REDAKTIONSASSISTENZ
Nema Bliigenstorfer (NB)

ÜBERSETZUNG
SwissGlobal Language Services AG, Baden

GESTALTUNG
Joseph Haas, Zürich

DRUCK & PRODUKTION
Vogt-Schild Druck AG, Derendingen

HERAUSGEBERIN
Herausgeberin der «Schweizer Revue» ist die Auslandschweizer-Organisation (ASO). Sitz der Herausgeberin, der Redaktion und der Inseraten-Administration: Auslandschweizer-Organisation, Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz. revue@swisscommunity.org
Telefon +41 31 356 61 10
Bankverbindung:
CH97 0079 0016 1294 4609 8 /KBBECH22

REDAKTIONSSCHLUSS DIESER AUSGABE
26. März 2024

ADRESSÄNDERUNGEN
Änderungen in der Zustellung teilen Sie bitte direkt Ihrer Botschaft oder Ihrem Konsulat mit. Die Redaktion hat keinen Zugriff auf Ihre Adressdaten.



Wahlen ins «Parlament» der Fünften Schweiz: Wie Australien den Prozess revolutionierte

Der Auslandschweizererrat (ASR) hat 2023 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Richtlinien für demokratische, digitale Wahlen ausarbeiten soll. Das Ziel ist, die Repräsentativität des ASR zu verbessern. Die Arbeitsgruppe nutzt dabei auch Erfahrungen aus Ländern, in denen bereits Direktwahlen durchgeführt wurden. Ein Beispiel liefert Australien, wo 2017 die Wahlen in den ASR im Rahmen eines Pilotprojekts digital erfolgten.

In Australien lebt die drittgrösste Auslandschweizergemeinschaft ausserhalb Europas. Sie ist mit vier Sitzen im ASR vertreten. Vor 2017 waren die Nominierung und Wahl der Delegierten in erster Linie eine interne Angelegenheit, die von Komitees oder den Präsidenten einiger weniger Schweizer-Clubs entschieden wurde.

Die Wahlen 2017 haben diesen Prozess in dreifacher Hinsicht revolutioniert. Erstens erreichte der Aufruf zur Nominierung alle Schweizerinnen und Schweizer, die beim Generalkonsulat ihre E-Mail registriert hatten. Somit waren – zweitens – insgesamt 14 800 Personen wahlberechtigt, also alle über 18-jährigen Schweizerinnen und Schweizer, über deren E-Mail das Konsulat verfügte. Und drittens wurden die Wahlen elektronisch durchgeführt, über die damals noch verfügbare E-Voting-Plattform des Kantons Genf.

Im Vorfeld der Wahlen wurden verschiedene lokale Kommunikationsplattformen genutzt, doch entscheidend für die grosse Reichweite war das Generalkonsulat. Es verschickte zwei E-Mails an alle Wahlberechtigten: erst den Aufruf zur Nominierung, später den Aufruf zur Wahl.

Das Ergebnis war bemerkenswert. Erstmals überstieg die Zahl der Kandidierenden die Zahl der verfügbaren Sitze – und zwar gleich um Doppelte. 1100 Wahlberechtigte gaben schliesslich ihre Stimme ab, was einer Wahlbeteiligung von 7,4% entsprach. Diese Zahl mag zwar bescheiden erscheinen, ist aber eine deutliche Steigerung gegenüber den geschätzten 0,05 % bis 0,3 %, die zuvor erreicht wurden.

Stehen bei offenen Wahlen mehr Kandidierende als Sitze zur Verfügung, entsteht Wettbewerb: Wollen Kandidierende Stimmen erhalten, müssen sie aufzeigen, wer sie sind, wofür sie stehen und was sie für die Aufgabe qualifiziert. Das setzt die Kandidierenden zwar unter Druck, liefert aber den Wählenden die Grundlage für eine echte Wahl.

Fazit: 14 800 Personen wurde eine Stimmabgabe ermöglicht. Die Wahl war nicht mehr die Sache weniger Klubs. Insgesamt war das Pilotprojekt



Das Pilotprojekt revolutionierte in Australien den Wahlprozess in den Auslandschweizererrat: Mit einem Mal hatten 14 800 Schweizerinnen und Schweizer die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben – und nicht mehr nur wenige Clubvertreter. Foto iStock

2017 eine grossartige Gelegenheit für die Schweizerinnen und Schweizer in Australien, ihre Delegierten demokratisch zu wählen und somit deren Legitimierung deutlich zu verbessern. Aufgrund der gemachten Erfahrungen plant Australien, im Jahr 2025 erneut einen digitalen und demokratischen Wahlprozess anzubieten.

CARMEN TROCHSLER, ASR-DELEGIERTE, AUSTRALIEN

Für Kommentare oder Fragen zum Thema wenden Sie sich an: workgroup.osa@outlook.com

Das «Werkzeug» liegt bereit

Für digitale Wahlen in den Auslandschweizererrat (ASR) stünde ein von der Berner Fachhochschule entwickeltes und bereits mehrfach erprobtes E-Voting-System zur Verfügung. Diese Neuigkeit präsentierte die vom ASR eingesetzte Arbeitsgruppe am 14. März 2024 anlässlich eines Informationsaustausches im Bundeshaus in Bern. Eric Dubuis, Professor an der Berner Fachhochschule und Spezialist im Bereich E-Voting, sagte vor Ort, dass das System für ASR-Wahlen zur Verfügung gestellt würde. Will heissen: Es würden kaum Kosten anfallen. Er hoffe nun, dass möglichst viele Regionen Interesse für die Nutzung des Systems bekundeten, sagte Noel Frei namens der Arbeitsgruppe in Bern. Bilder des Treffens sind in der Online-Ausgabe – www.revue.ch – zu finden.

(MUL)

Neue Schweizer Briefmarken entstehen – für junge Auslandschweizer:innen ein inspirierendes Erlebnis

Im Sommer 2023 hatten 124 Jugendliche aus 33 Ländern die seltene Gelegenheit, sich an der Gestaltung neuer Schweizer Briefmarken zu beteiligen. Den Rahmen bildeten die von der Auslandschweizer-Organisation, Swisscommunity, organisierten Ferienlager.

Für die 15- bis 18-jährigen Jugendlichen aus der Fünften Schweiz war die Möglichkeit, an der Entstehung neuer Schweizer Briefmarken mitzuwirken, zweifellos ein tolles Erlebnis. Nun liegen die neuen Marken der Schweizer Post vor – und symbolisieren das Jahr 2024, das aus Sicht der Fünften Schweiz auch für den 100. Auslandschweizer-Kongress, das 90-Jahre-Jubiläum der Jugendlager und das 50-Jahre-Jubiläum der «Schweizer Revue» steht.

Die Ideen für die neuen Marken, die die Jugendlichen während ihres Aufenthalts in der Schweiz erarbeitet hatten, wurden in Form von Skizzen und Videos an drei im Ausland lebende und von der Post ausgewählte Schweizer Grafiker:innen weitergeleitet – als Einladung, am Wettbewerb zur Gestaltung der Briefmarken teilzunehmen. Was im Ferienlager entstand, diente somit als Ausgangspunkt für die Gestaltung der Pro-Patria-Briefmarken 2024, welche die Schweizer Diaspora repräsentieren sollen.

Die Vorarbeit der Jugendlichen gliederte sich in drei Phasen: Sie fragten sich, was Briefmarken und schriftliche Post für sie bedeuten; sie überlegten, welche Elemente sie verwenden würden, um die Schweiz darzustellen; und sie skizzierten typisch schweizerische Symbole wie Berge, Kühe und Schokolade.

Anschliessend vertieften sie sich in weitere, für Briefmarken typische Fragestellungen zu Stil, Farbe, Muster und Typografie. Als schliesslich die ersten, noch vertraulichen Entwürfe vorlagen, hatten die Teilnehmenden des letzten Sommerlagers die Möglichkeit, ihre Meinung dazu zu äussern.

Seitens der Auslandschweizer-Organisation, Swisscommunity, freut uns, dass wir zur Zusammenarbeit zwi-



Die beiden neuen Briefmarken, entworfen von Sandra Liscio. Sie liess sich auch von Inputs von Jugendlichen aus der Fünften Schweiz inspirieren. Foto: Post

Gestalterin und Auslandschweizerin



Sandra Liscio wuchs in Lugano auf. Für ein dreimonatiges Praktikum in einer Kreativagentur zog sie vor acht Jahren nach London – und blieb. Heute arbeitet sie als Design Director in der Film- und Unterhaltungsbranche und besucht mindestens zwei Mal jährlich die Schweiz. «Ein Teil meines Herzens ist immer in der Schweiz. Ich denke, dass viele Auslandschweizerinnen und -schweizer dieses bittersüsse Heimweh nachempfinden können. Deshalb war es mir wichtig, dieses Gefühl, das uns alle verbindet, in den Briefmarken zu illustrieren.»

AUSZUG AUS DER BRIEFMARKENZEITSCHRIFT «DIE LUPE»

schen jungen Auslandschweizer:innen, Pro Patria, der Post und der im Ausland lebenden Wettbewerbsgewinnerin, der Schweizer Designerin Sandra Liscio (London), beitragen durften.

Projekte dieser Art entsprechen einem der grundlegenden Ziele unserer Organisation, nämlich Verbindungen zwischen unseren Landsleuten im Ausland und jenen in der Schweiz zu schaffen. Zudem freut uns, dass die neuen Marken die Fünfte Schweiz repräsentieren und diese somit symbolisch den Weg in unsere Briefkästen findet, sei es hier oder anderswo.

MAYA ROBERT-NICOUD, SWISSCOMMUNITY

Video der beteiligten Jugendlichen:
revue.link/propatria

Weiterführende Informationen: revue.link/marken
Webseite der Grafikerin: sandralliscio.ch
Bezugsquelle der neuen Marken: www.postshop.ch



Foto Melanie Kaye

Nat Cartier wird «Artist in Residence»

Der in Edinburgh (GB) lebende Musiker mit Schweizer Wurzeln, Nathaniel «Nat» Cartier, kann diesen Sommer seine Arbeitsstätte für einige Wochen nach Brunnen am Vierwaldstättersee verlegen: Möglich macht dies die Stiftung Auslandschweizerplatz. Sie hat Nat Cartier zum «Artist in Residence 2024» erkoren. Die Stiftung gewährt somit nach 2016 und 2017 zum dritten Mal ein Residenzstipendium. Der Aufenthalt Cartiers beginnt am 13. Juli, fällt

also zusammen mit dem 100. Auslandschweizerkongress in Luzern, respektive mit dem Ausflug der Kongressteilnehmenden auf den Auslandschweizerplatz in Brunnen. Für Nat Cartier eröffnet der Aufenthalt die Möglichkeit, die Schweiz neu zu entdecken, mit einheimischen Künstlerinnen und Künstlern zusammenzuarbeiten und neue Inspirationen zu erfahren. (PD)

www.auslandschweizerplatz.ch

In die Schweiz für ein universitäres Studium oder eine Berufslehre

Junge Auslandschweizer:innen erhalten bei educationsuisse persönliche Beratung rund um das Thema «Ausbildung in der Schweiz».

Die Schweiz verfügt über ein exzellentes und vielfältiges Ausbildungssystem. Die berufliche Grundbildung mit der Berufslehre ist in Gesellschaft und Wirtschaft gut verankert. Die Hochschulen geniessen international ein gutes Renommee.

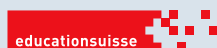
Für junge Auslandschweizer:innen bietet eine post-obligatorische Ausbildung in der Schweiz die Möglichkeit einer sehr guten Ausbildung und gleichzeitig auch die Gelegenheit, das Land ihrer Familie kennenzulernen.

Ein solcher Schritt will gut vorbereitet sein. Wichtig ist, sich frühzeitig zu informieren. Die Fachstelle von educationsuisse bietet kostenlose Beratung und Unterstützung bei allen Fragen rund um das Thema «Ausbildung in der Schweiz»:

- Information zu den verschiedenen Ausbildungsmöglichkeiten wie akademische Ausbildung an Hochschulen oder Berufsbildung.
- Information zu spezifischen Fragen wie Zulassungsbedingungen, erforderliche Sprachkenntnisse, Anmeldefristen, Unterkunft, Versicherungen und so weiter.
- Persönliche Beratung vor Ort in Bern oder online rund ums Thema «Ausbildung in der Schweiz».
- Berufs- und Studienwahlberatung in Zusammenarbeit mit einer professionellen Studien- und Berufsberatung (kostenpflichtig).
- Administrative Unterstützung bei Gesuchen um kantonale Stipendien und Dossierbetreuung.
- Ausbildungsbeiträge in Form von Stipendien oder Darlehen von educationsuisse und privaten Fonds.

Die Mitarbeiterinnen von educationsuisse sprechen Deutsch, Französisch, Italienisch, Spanisch und Englisch. Sie helfen gerne weiter und beantworten via E-Mail, Telefon, Skype oder vor Ort in Bern Fragen rund um das Thema «Ausbildung in der Schweiz».

RUTH VON GUNTEN, EDUCATIONSUISSE



educationsuisse
Ausbildung in der Schweiz
Alpenstrasse 26
3006 Bern, Schweiz
Telefon +41 31 356 61 04
info@educationsuisse.ch
educationsuisse.ch



Die Jugend+Sport-Kurse sind ein Sprungbrett für angehende Leiter:innen



Aus einfachen Planen ein simples Zelt bauen: Diese vier J+S-Kursteilnehmenden haben diese Aufgabe bestens gelöst.

Foto ZVG

Die malerische Landschaft von Obernau (LU) diente als Kulisse für eine erlebnisreiche Woche, in der 15 angehende Ferienlager-Leiter:innen ihr Wissen und Können im Umgang mit Kindern und Jugendlichen festigten. Ausserdem konnten die Teilnehmenden auch ihre Sprachkenntnisse auffrischen, denn der Jugend+Sport-Kurs (J+S) wurde zweisprachig – Deutsch und Französisch – durchgeführt. Gelegentlich wurde auch in Englisch kommuniziert. Inmitten der Natur versteckt, bot das dortige Pfadiheim den idealen Rahmen für eine intensive Ausbildung, spannende Workshops und Inputs zu Kultur, Erziehung, Sicherheit und Arbeiten im Team. Die sportlichen Animationssequenzen, welche die Teilnehmenden organisierten, eine zweitägige Wanderung in der Region Rigi/Pilatus sowie zahlreiche typische Ferienlagersituationen boten zudem praxisnahe Erfahrungen.

Der Kurs richtete sich an junge Schweizer:innen, die sich auf die Verantwortung als Leitungsperson in Ferienlagern vorbereiten möchten. Besonders wertvoll waren die Schulungen im Bereich Sicherheit, Prävention, Betreuung, Animation und die Inputs zu Outdoortechniken. Im Kurs trafen Auslandschweizer:innen, Zivildienstleistende und Inlandschweizer:innen ohne Jugendverband-Hintergrund aufeinander – und dieser spannende Mix sorgte für regen Austausch

und reichhaltige Gespräche. Nach einer intensiven Woche kehrten alle mit einem Rucksack voller Wissen und neuer Perspektiven nach Hause zurück. Der J+S-Kurs ist nicht nur ein Meilenstein in der persönlichen Entwicklung, sondern auch ein Beitrag zur Vielfalt und Gemeinschaft in der Schweizer Jugendarbeit.

Nationales Sportförderprogramm

J+S unterstützt Organisatoren von Sportangeboten mit finanziellen Beiträgen und subventionierten Aus- und Weiterbildungen. Und J+S unterstützt Sportkurse und Lager für Kinder und Jugendliche in rund 85 Sportarten. Jährlich finden 80 000 Sportkurse oder Lager statt, die von rund 640 000 Kindern genutzt werden. Die Ferienlager und Ausbildungskurse von SJAS und der Auslandschweizer-Organisation werden ebenfalls von J+S unterstützt und in den Sportarten Lagersport/Trekking oder Ski/Snowboard angeboten.

DAVID REICHMUTH, SJAS

Stiftung für junge Auslandschweizer
Fondation pour les enfants suisses à l'étranger
The foundation for young swiss abroad
Fondazione per i giovani svizzeri all'estero

Stiftung für junge Auslandschweizer
Telefon +41 31 356 61 16
info@sjas.ch
sjas.ch



Schweizer Politik – ganz einfach erklärt

Ein neues Angebot will insbesondere jungen Auslandschweizer:innen die Schweizer Politik näherbringen: An Webinaren werden aktuelle politische Fragen verständlich erklärt.

Mit einer neuen Reihe von Webinaren, die wir in Zusammenarbeit mit easyvote organisieren, werden die manchmal sehr komplex erscheinenden Themen von eidgenössischen Abstimmungsvorlagen einfach, zugänglich und neutral erklärt. Damit soll die Schweizer Politik für alle verständlich werden, unabhängig von Alter oder politischer Erfahrung.



Easyvote richtete sich ursprünglich an 18- bis 25-Jährige. Der pädagogische und zugängliche Ansatz von easyvote erleichtert es aber allen, sich mit den aktuellen politischen Herausforderungen vertraut zu machen, ohne sich in komplizierten Begriffen oder parteipolitischen Argumenten zu verlieren. Unsere Webinare richten sich somit an alle, unabhängig von ihrem Alter.

Sie möchten sich informieren? Sie haben Fragen zu den bevorstehenden Abstimmungen? Wir und unser Partner easyvote werden Ihnen als zuverlässige und unparteiische Begleiter zur Seite stehen und Sie informieren. Die Teilnahme an den Webinaren ist kostenlos und erfolgt über einen Link, der direkt auf unserer Website – revue.link/easy – verfügbar ist. Mit wenigen Klicks haben Sie Zugang, nicht nur zum Webinar, sondern auch zu relevanten Informationen zu jeweils aktuellen Abstimmungsvorlagen.

Lassen Sie sich also die Gelegenheit nicht entgehen und besuchen Sie uns online am 14. Mai, 27. August und 29. Oktober 2024.

MARIE BLOCH, JUGENDDIENST



Auf der Bühne der Schweizer Politik: Jugendliche aus der Fünften Schweiz im Nationalratssaal. Foto Jugenddienst

revue.link/easy



Führerausweis: So lassen sich Überraschungen bei der Rückkehr in die Schweiz vermeiden

Frage: Ich bin 75-jährig, seit vielen Jahren wohnhaft in Australien, besitze noch einen Schweizer Führerausweis und wurde letztes bei der Einreise in die Schweiz ermahnt: Ich sei der Aufforderung des Strassenverkehrsamtes zur «verkehrsmedizinischen Kontrolluntersuchung» nicht nachgekommen. Was hat es damit auf sich?

Antwort: Wer als Inhaberin oder Inhaber eines Schweizer Führerausweises ins Ausland zieht, muss sich beim zuständigen kantonalen Strassenverkehrsamt abmelden. Und: Mit 75 Jahren wird in der Schweiz die sogenannte «verkehrsmedizinische Kontrolluntersuchung» fällig. Damit wird alle zwei Jahre durch einen Arzt geprüft, ob man noch fahrtauglich ist.

Wer sich nicht abmeldet, riskiert Überraschungen: Wurde das Strassenverkehrsamt nicht über die Wohnsitzverlegung informiert, gilt nämlich die Wohnadresse in der Schweiz als unbekannt. Der Aufruf, sich der Kontrolle zu unterziehen, wird dann im kantonalen Amtsblatt veröffentlicht. Bleibt die-



In der Schweiz müssen sich Autofahrerinnen und Autofahrer ab 75 Jahren wiederkehrend einer «verkehrsmedizinischen Kontrolluntersuchung» durch einen Arzt unterziehen. Foto iStock

ser Aufruf unbeantwortet und wird das ärztliche Attest nicht rechtzeitig vorgelegt, verlangt das zuständige Strassenverkehrsamt den Entzug des Führerausweises. Dies geschieht wiederum anhand einer entsprechenden Anzeige im Amtsblatt und der Ausschreibung im automatisierten Polizeifahndungssystem des Bundes (RIPOL). Dies, weil die betreffende Person nicht mehr in der Schweiz gemeldet, jedoch noch im Besitz ei-

nes Schweizer Führerausweises ist. So kann es geschehen, dass man bei der Einreise in die Schweiz von den Behörden vor Ort erst einmal zur Seite genommen wird, was eine eher unangenehme Überraschung sein dürfte.

Schweizerinnen und Schweizer mit definitivem Wohnsitz im Ausland, die noch einen Schweizer Führerausweis besitzen, können sich mit dem für sie zuständigen Strassenverkehrsamt in Verbindung setzen und die Sistierung ihres Ausweises verlangen. In der Regel werden dafür keine Gebühren und Kosten verrechnet. Die Adressen der kantonalen Strassenverkehrsämter und weiterführende Informationen finden Sie unter revue.link/asa (in den Sprachen Deutsch, Französisch, Italienisch).

In aller Regel verlangt übrigens die Gesetzgebung im neuen Wohnland, dass der Schweizer Führerausweis innerhalb einer bestimmten Frist in einen Ausweis des neuen Wohnlandes umgetauscht wird. Auch ein internationaler Führerausweis verliert nach einer gewissen Zeit seine Gültigkeit und muss getauscht werden. Der Umtausch muss je nach Land innert einer bestimmten Frist ab Einreise erfolgen (z.B. ein Jahr). Wird dies versäumt, kann dies nach sich ziehen, dass im neuen Wohnland die komplette Fahrprüfung mit allen vorgeschriebenen Theorie- und Fahrstunden erneut abgelegt werden muss. Für eine verbindliche Auskunft betreffend der Frist und der Vorgehensweise für den Umtausch sollten Sie aber in jedem Fall die zuständige Behörde Ihres Wohnlandes kontaktieren.

STEPHANIE LEBER, ASO-RECHTSDIENST

revue.link/asa



Die Statistik widerspiegelt auch die Angst vor der Altersarmut

Die Auslandschweizer-Gemeinschaft wächst weiter an. Letztes Jahr war der prozentuale Zuwachs bei den über 65-Jährigen am grössten. Ein Teil dieses Anstiegs ist auf die wachsende Gefahr von Altersarmut zurückzuführen.

Rund 813 400 Schweizer Staatsangehörige lebten Ende 2023 im Ausland. Das entspricht einer Zunahme von 1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Veröffentlicht wurden diese neuen Zahlen Ende März vom Bundesamt für Statistik. Der mit Abstand grösste Teil der Auslandschweizer:innen – rund 64 Prozent – lebt weiterhin in Europa. Frankreich und Deutschland beherbergten auch 2023 die grössten Auslandschweizer-Gemeinschaften. Und die Mehrheit der Fünften Schweiz, nämlich 56 Prozent, ist zwischen 18 und 65 Jahre alt, also im erwerbsfähigen Alter.

Wie schon in den letzten Jahren wuchs auch 2023 die Gruppe der Auslandschweizer:innen über 65 schneller als die anderen Altersgruppen, um fast vier Prozent. Während ein Teil dieser Entwicklung auf Alterung zurückzuführen ist, spielt auch die Auswanderung eine wichtige Rolle: Es gibt Hinweise darauf, dass die steigenden Auswanderungszahlen auch auf die Gefahr von Altersarmut zurückzuführen sind. So nannten bei einer Umfrage des Forschungsprojekts «nccr – on the move» die Befragten als häufigsten Grund für ihr Leben im Ausland die zu hohen Schweizer Preise sowie den Wunsch, ihre Lebensqualität erhalten oder verbessern zu können. Auch ein Blick in die AHV-Statistiken legt dies nahe. 2022 erhielten im Inland wohnhafte Schweizer:innen eine monatliche AHV-Rente von durchschnittlich 1919 Schweizer Franken. Der Schnitt der Fünften Schweiz war mit 1209 Franken deutlich tiefer.

Diese Auslandschweizer:innen im Pensionsalter sehen sich aktuell starkem media-

lem und politischem Gegenwind ausgesetzt. So forderte zuletzt eine Motion die Abschaffung der Alterskinderrenten: Sie seien bei Bedarf durch höhere Ergänzungsleistungen zu kompensieren. Da bei Wohnsitz im Ausland keine Ergänzungsleistungen bezogen werden können, würden die Kinderrenten von einkommensschwachen Auslandschweizer:innen ersatzlos gestrichen.

«Nicht rechtfertigbare Angriffe»

Das in der Debatte um die Altersvorsorge für Auslandschweizer:innen immer wieder vermittelte Bild von im Luxus lebenden Rentner:innen entspricht für einen grossen Teil von ihnen nicht der Realität. Es handelt sich oftmals um Personen, die bei Verbleib in der Schweiz auf Ergänzungsleistungen angewiesen wären. Der Präsident der Auslandschweizer-Organisation Filippo Lombardi betont deshalb: «Diejenigen Schweizer:innen und Schweizer, die für den Ruhestand auswandern, entlasten das Schweizer Sozialsystem in der Regel. Die zunehmenden Angriffe auf ihre Altersvorsorge sind deshalb fehlgeleitet und nicht rechtfertigbar.»

SMILLA SCHÄR, MEDIENBEAUFTRAGTE SWISSCOMMUNITY

Die «Schweizer Revue» wird die Auslandschweizerstatistik 2023 in ihrer nächsten Ausgabe detailliert vorstellen.

Die Rubrik «Diskurs» mit Stimmen aus der Leserschaft entfällt in dieser Ausgabe. Sie erscheint ab der nächsten Ausgabe wieder in der gewohnten Form.

Die Zukunft der «Schweizer Revue» sichern

Journalistisch kompetent und unabhängig das Geschehen in der Schweiz einordnen, zugeschnitten auf die Bedürfnisse der Leserinnen und Leser in der Fünften Schweiz: Das leistet die «Schweizer Revue» mit ihrer erfahrenen Redaktion. Mit Ihrer zweckbestimmten Spende unterstützen Sie den unabhängigen Qualitätsjournalismus, für den das Team der «Schweizer Revue» einsteht. Weil die Druck- und Versandkosten belastend hoch sind, freuen wir uns besonders über Zuwendungen jener, die unsere Printausgabe erhalten.

MARC LETTAU, CHEFREDAKTOR

Angaben für die Überweisung freiwilliger Abonnementsbeiträge:

Spenden mit Kreditkarte

revue.link/creditrevue

Zahlungen per PayPal

www.revue.link/revue

Spenden mit Banküberweisung

IBAN: CH97 0079 0016 1294 4609 8

Bank: Berner Kantonalbank

Bundesplatz 8

CH-3011 Bern

BIC/SWIFT: KBBECH22

Zugunsten: BEKB Bern

Konto 16.129.446.0.98

Auslandschweizer-Organisation

z/Hd. Herrn A. Kiskery

Alpenstrasse 26, CH-3006 Bern

Referenz: Support Swiss Review

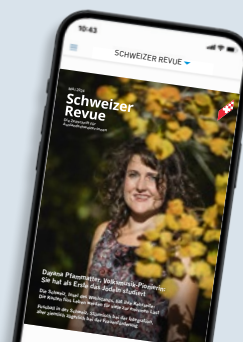
So erreichen Sie die «Schweizer Revue»:

revue@swisscommunity.org

Telefon +41 31 356 61 10

Lesen statt warten.

Macht Sie das Warten auf die gedruckte «Schweizer Revue» ungeduldig? Holen Sie sich das Magazin auf Ihr **Tablet oder Smartphone**. Die App ist gratis und werbefrei. Sie finden die App mit dem Suchbegriff «Swiss Review» in Ihrem Appstore.





Mehr erfahren:
switzerland.com/swisstainable

swi+zerland

Ich brauch
Natur pur.
Ich brauch Schweiz.